

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Versteht wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schram.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 18 a post.  
Telephonruf: Nr. 8900.

Insertionsgebühren pro sechsgepaltem Kolonialzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **386300** Exemplaren  
erschient diese Ztg.

### Der Kapitalist als Brotgeber.

Bei Beschreibungen industrieller Werte in bürgerlichen Zeitschriften und Blättern finden wir neben der Schilderung der Anlagen und der hervorragenden Einrichtungen oftmals noch die Bemerkung, daß das Unternehmen Hunderten oder Tausenden von Arbeitern Arbeit und Brot gewährt. Diese Redeart soll nicht nur die Größe des Wertes veranschaulichen, sondern sie soll gleichzeitig den Unternehmer mit dem Nimbus eines Wohltäters der Menschheit umgeben. In Nr. 28 (1907) der Metallarbeiter-Zeitung sind die Begriffe „Arbeitgeber“ und „Arbeiter“ schon näher erläutert und das Verkehrt dieser Bezeichnungen nachgewiesen worden. Wir wollen uns nun heute nur mit dem „Brotgeben“ kurz befassen.

Wörtlich genommen begegnen wir dem Brotgeben heute vorwiegend nur in der Landwirtschaft und in handwerksmäßigen Betrieben, indem dort die Arbeiterschaft noch in der Gefolgschaft oder am Tisch des Meisters beschäftigt wird. Diese Verpflegung wird als ein Teil des Lohnes berechnet, bei der Auszahlung in Abzug gebracht oder bei der Festsetzung des Lohnes vorher schon abgerechnet. In der Industrie ist dieses Kostwesen, abgesehen von den Mengen in einigen Groß- und Kleinbetrieben, überhaupt nicht eingeführt worden, sondern der Industriearbeiter erhält für seine geleistete Arbeit den nach Stunden, Tagen, Wochen oder Stück berechneten Lohn, für den er sich dann das zum Leben Notwendige selbst beschaffen muß. Wie das geschieht und ob es in genügender Maße geschehen kann, ist dem „Brotgeber“ vollständig gleichgültig.

Der dem Arbeiter ausbezahlte Lohn ist ein Teil des Erträgnisses seiner für den Unternehmer geleisteten Arbeit. Ein Teil kann es nur sein, weil der Unternehmer ebenfalls einen Teil, und oftmals einen ganz erheblichen, für sich behält, um für sich und seine Angehörigen die Bedürfnisse des Lebens zu bestreiten und außerdem zu dem vorhandenen Reichtum noch weitere Reichthümer anzuhäufen.

Der Arbeiter kann deshalb nicht in den Genuss des vollen Erträgnisses seiner Arbeit kommen, weil er nicht im Besitz der Produktionsmittel ist, sondern weiter nichts sein Eigen nennt als seine Körperkraft und seine größere oder geringere Geschicklichkeit, mit denen er die verschiedenen Materialien zu anderen, wertvolleren Produkten umgestalten kann.

Der Unternehmer dagegen ist im Besitz des Geldes, das er nicht im „Feuerfeste“ liegen läßt, da es dort seinen Zweck verfehlen, nicht als Kapital wirken würde. Der Unternehmer verwendet es vielmehr darauf, daß er damit die Fabrik, die zukünftige Produktionsstätte errichtet, Maschinen und zur Weiterverarbeitung geeignetes Rohmaterial ankauft. Die Fabrik mit ihren Maschinen und Werkzeugen und dem aufgeschichteten Rohmaterial würde nun aber keinen Pfennig Gewinn abwerfen, wenn sie stillstehen würde. Sie würde in diesem Zustand vollständig totes Kapital darstellen.

Ein weiterer Faktor, die alles belebende geistige und körperliche menschliche Arbeitskraft, muß hinzutreten, um die Antriebsmaschinen in Gang zu setzen und zu überwachen, die Arbeitsmaschinen zu bedienen und mit Hilfe der gestellten Werkzeuge das gefertigte Rohmaterial zu brauchbaren, verkäuflichen Artikeln umzuwandeln.

Der Preis der so fertiggestellten Ware setzt sich zusammen aus den Kosten des Rohmaterials, den Zinsen für das in Fabrik, Maschinen und Werkzeugen angelegte Kapital, den Betriebskosten, den an die Arbeiter gezahlten Löhnen und dem Unternehmergewinn. Wie hoch der Unternehmergewinn ist, kann in Privatbetrieben nicht nachgewiesen werden, dagegen ist dies bei den Aktiengesellschaften möglich, da diese alljährlich ihre Rechnungsbücher veröffentlichen und uns auf diese Art ein Einblick in die edle Goldmacherkunst gestattet ist.

In der Aktiengesellschaft „arbeitet“ nicht mehr der einzelne Kapitalist mit seinem Geld, sondern eine Vereinigung von Kapitalisten betreibt das Geschäft und alle Beteiligten führen sich dabei mehr oder weniger als „Brotgeber“. Während beim Privatunternehmer noch meistens kaufmännische oder technische Kenntnisse vorausgesetzt werden, ist derartige beim Aktionär, der sein Geld in Industriefabriken anlegt, durchaus nicht nötig. Er braucht oftmals gar nicht zu wissen, wo das Werk, in dem sein Geld „arbeitet“, liegt und wie es aussieht. Es ist auch absolut nicht nötig, daß er die dort erzeugten Artikel und Produkte kennt oder gar etwas von ihrer Vervollständigung oder anderen Gestaltung tut. Seine Tätigkeit erstreckt sich in diesen Fällen nur darauf, daß er in den Börsenzeitungen die Kursnotierungen verfolgt, um sich zu überzeugen, ob sein Geld auch wirklich gut angelegt ist. Um die Arbeiter, die in den betreffenden Werken schuften müssen, braucht er sich nicht zu kümmern und ist doch ihr „Brotgeber“.

Wie einträglich mitunter diese Geschäfte sind, mag hier an einer kleinen Zahl von Beispielen gezeigt werden. Nach ganz erheblichen Abschreibungen, Zuweisungen zum Reservefonds, Abzug der ausbezahlten Löhne an die Mitglieder des Aufsichtsrats und Vorträgen auf Rechnung des neuen Geschäftsjahres zahlten die nachfolgenden aufgeführten Aktiengesellschaften an Dividenden für das Jahr 1907: Westfälische Drahtindustrie in Hamm 15 Prozent, Weisweiber Eisenwerke 16 Prozent, Maschinenbau-Gesellschaft Albstadt 20 Prozent, Waggonfabrik Dessau 20 Prozent, Aktiengesellschaft für Eisenbahnmateriale in Odrick 20 Prozent, Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb Alpine 21 Prozent, Hochofen- und Stahlwerk St. Ingbert 25 Prozent, Magilianshütte 25 Prozent, Waffen-

fabrik Mauser, Oberndorf 25 Prozent, Metallindustrie Kronprinz, Oßlig 27 Prozent, Westfälische Drahtwerke, Sängendreier 28 Prozent, Waggonfabrik Hofmann, Breslau 35 Prozent, Heber Hütte 40 Prozent und Burbacher Hütte 50 Prozent.

Die in diesen Unternehmungen angelegten Gelder sind im Laufe der Jahre gewissermaßen teurer geworden. Die Aktie, deren Nominalwert auf 1000 M. lautet, kostet je nach dem Kursstand entsprechend mehr. Neben diesem Wertzuwachs, der dem Aktionär sofort in die Tasche fließt, wenn er die Aktie bei günstigem Kursstand verkaufen würde, erhält der Aktionär in den vorbestimmten Aktien-Gesellschaften alljährlich die aufgeführten Prozentanteile an Dividenden, nach unseren Beispielen 15 bis 50 Prozent oder pro Aktie zu 1000 M. 150 bis 500 M. ausbezahlt. Diese Dividenden fallen dem Durchschnittsaktionär vollständig mißlos, ohne daß er einen Finger krümmt, in den Schoß. Die Aktionäre, die von der Generalversammlung als Aufsichtsratsmitglieder gewählt und mit besonderen Funktionen betraut werden, erhalten außerdem noch ganz nennenswerte Summen an Löhnen, die oftmals bei den einzelnen großen Gesellschaften in die Hunderttausende gehen. Bei der schon erwähnten Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb Alpine betragen diese Löhne im Jahre 1907: 298788 M., im Jahre 1908, als nach die Hochkonjunktur überall vorherrschte, 296361 M. Herren aus den höchsten Kreisen mit wohlthätigen, in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus bekannten Namen, teilten sich in diese Summe. 1908 trug es durchschnittlich jedem der Herren vom Aufsichtsrat 23800 M., die sie als Entschädigung für ihre „Mühe“ und „Arbeit“ erhielten.

All diese Wertzuwächse, diese Abschreibungen, Löhne, Dividenden und Vorträge auf Rechnung des neuen Geschäftsjahres müßten von der Arbeiterschaft herausgewirtschaftet werden; wie bei den Aktiengesellschaften, so auch bei der Privatindustrie. Ohne des Arbeiters Fleißes, rühriges Schaffen bei oftmals niedriger Entlohnung und kümmerlicher Ernährung wären diese gewaltigen Werte nicht entstanden, wären die beseitigten Kapitalisten nicht in der Lage gewesen, Schätze auf Schätze zu häufen und ein „standesgemäßes Leben“ führen zu können, da sie jedenfalls bei ihren Ansprüchen an das Leben recht bald ihr Vermögen aufgebraucht haben würden.

Nach diesen Darlegungen sieht es fest, daß die Kapitalisten niemals die Brotgeber der Arbeiter sind, sondern daß das Umgekehrte zutrifft, daß die Tausende von fleißigen Arbeitenden, die im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot essen, den Herren vom Brot nicht nur Brot, da der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern auch die Mittel geben, um alle Wünsche bis zur Reize kosten und ein Leben herrlich und in Freuden führen zu können.

Die Zeiten sind vorüber, in denen der Industriekapitalist als Brotgeber und Wohltäter der Menschheit allgemein von den Arbeitern verehrt wurde. Die moderne Arbeiterbewegung hat so ausläßend gewirkt, daß ein großer Teil der Arbeiter dem Kapitalisten nicht mehr in Unterwürfigkeit süßlich dankt, daß er ihn ausbeutet. Ein großer Teil der Arbeiter trägt das Bewußtsein in sich, daß er es ist, der alle Werte schafft, daß der Lohn, den er erhält, nur ein Teil des Erträgnisses seiner Arbeit ist, und daß von dem Erträgnis seiner Arbeit noch andere mitgehören. Nur eine vollständig verkehrte Auffassung konnte aus dem Kapitalisten und Unternehmer von heute den Brotgeber des Arbeiters machen.

### Relative Begriffe in der Volkswirtschaft.

I.

Unter relativen Begriffen versteht man solche Begriffe, deren Bedeutung nicht absolut feststeht, sondern die erst näher bestimmt werden müssen. Im gewöhnlichen Leben gebraucht man zahlreiche Ausdrücke, unter denen sich jeder Hörer etwas Verschiedenes denken kann, je nach dem Maßstab, den er anlegt, oder nach dem Standpunkt, den er einnimmt. Wir wollen dies, an ein paar Beispielen klar machen. Ein Mann mit einem Vermögen von 100 000 M. gilt in den Augen eines Bettlers als ein reicher Mann, ein amerikanischer Milliardär nennt ihn einen armen Schläger; ein Mensch von mittlerer Statur, der unter einem Volle von Zwergen erscheint, wird dort groß genannt, kommt er unter ein Volk von Riesen, so wird man ihn klein nennen; ein Bewohner der heißen Zone wird unser gemäßigtes Klima kalt finden, kommt ein Bewohner der Eisregion zu uns, so wird er das Klima als warm bezeichnen; was der eine für schön erklärt, nennt ein anderer häßlich; was der eine gut nennt, nennt der andere böse u. s. w. — man sieht, es kommt alles auf den Standpunkt respektive den Maßstab des Beurteilers an.

Ganz besonders im Gebiet der Volkswirtschaft finden wir fast ausnahmslos relative Begriffe. In einer Gesellschaft wie der unserigen, die von Klassen- und Interessengegensätzen zerklüftet ist, müssen naturgemäß die Begriffe wechseln, je nach dem Klassenstandpunkt dessen, der sie anwendet. Daher ist es auch so schwer, wenn nicht ganz unmöglich, bei einem Konflikte der verschiedenen Interessen einen allgemein gültigen Beurteilungsmaßstab zu finden.

Bei einer Diskussion vermögen sich die Gegner nicht zu verständigen, weil die von ihnen gebrauchten Ausdrücke im Munde der einen Partei eine ganz andere Bedeutung haben, als im Munde der anderen Partei. Liegt man die Zeitungen oder hört man die Reden der verschiedenen Parteien oder Interessengruppen, so fällt einem unwillkürlich auf, daß die Begriffe, mit denen sie kämpfen, relativ sind, weil jeder der Kämpfer sich etwas Verschiedenes darunter denkt. Noch schlimmer ist es, wenn mit leeren, inhaltslosen Redensarten gekämpft wird, entsprechend den Goethe'schen Versen: „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich

ein.“ Wir wollen nunmehr den Versuch machen, an der Hand einiger aus dem Leben gegriffener Beispiele die Relativität des volkswirtschaftlichen Begriffe nachzuweisen.

Am bekanntesten und hervorsteckendsten ist heutzutage der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Der Kapitalist besitzt Produktionsmittel, aber keine Arbeitskraft, der Arbeiter besitzt Arbeitskraft, aber keine Produktionsmittel. Die beiden schließen einen Vertrag miteinander ab, der Kapitalist kauft respektive mietet die Arbeitskraft des Arbeiters, die dieser ihm zur Verfügung stellt. Der Preis, der dafür gezahlt wird, heißt sich aus in Arbeitslohn.

Sier taucht sofort ein relativer Begriff auf, denn über den Begriff: der anständige Arbeitslohn, der vernünftige Arbeitslohn, der gerechte Arbeitslohn gehen die Ansichten Himmelsweit auseinander. Der Kapitalist, der sich als Käufer der zu einer Ware gehörigen Arbeitskraft betrachtet, will, wie jeder andere Käufer, möglichst billig kaufen, unbekümmert darum, ob der Arbeiter bei dem gezahlten Preise respektive Lohn existieren kann. Deshalb sucht der Unternehmer den Preis der Arbeitskraft, den Arbeitslohn, herabzudrücken, wobei er sich nicht darum kümmert, ob der Arbeiter mit seinem Lohne sich und seine Familie anständig ernähren kann. Über die Begriffe: „gerecht, vernünftig, anständig“ läßt sich streiten. Es gibt Leute, die es anständig nennen, den Arbeitslohn auf ein niedriges Niveau herabzudrücken und den Arbeiter mit Schindlöhnen abzuspeisen, die es für vernünftig erklären, wenn der Unternehmer für wenig Lohn aus dem Arbeiter möglichst viel Arbeitskraft herauszupressen sucht, die es als gerecht bezeichnen, daß der Kapitalist den Vorkostenanteil an der Gütererzeugung für sich in Anspruch nimmt und dem Arbeiter ein paar Broden zuwirft.

Der denkende, zum Klassenbewußtsein erwachte Arbeiter ist anderer Meinung. Er ist Verkäufer der Ware Arbeitskraft und hat als solcher ein lebhaftes Interesse daran, einen möglichst hohen Preis dafür zu erzielen; er schwärmt darum für einen hohen Lohn und nennt das auf Lohnbrüderlei gerichtete Bestreben des Unternehmers ungerecht, unvernünftig und unanständig. Un-gerecht deshalb, weil es dem Prinzip einer wahren Sozialgerechtigkeit widerspricht, aus der Haut anderer Menschen Kleinen zu schneiden, anstatt seine eigene Haut zu Markte zu tragen; un-vernünftig deshalb, weil es dem Prinzip einer gesunden Sozialpolitik widerspricht, die Kaufkraft der großen Masse herabzudrücken und letztere dadurch von jedem geistlichen Fortschritt auszuschließen; unanständig deshalb, weil es dem Prinzip einer modernen Sozialpolitik widerspricht, die Ausbeutungsgewinne immer stärker anzuhäufen, um auf Kosten fleißiger Dienen ein Drogenleben führen zu können.

Wie allgemein bekannt, geht die Absicht der Arbeiterklasse dahin, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen, um dadurch auf eine höhere Stufe der Lebenshaltung emporklettern zu können. Das Unternehmertum nimmt hiergegen Stellung, weshalb sofort wieder ein Streit aufkommt darüber, ob die Bestrebungen des Proletariats unerschämte Forderungen oder berechtigigte Ansprüche zu nennen sind. Bekanntlich wird es jedem Menschen zum Verdienst angerechnet, wenn er danach strebt, sich eine bessere Existenz zu verschaffen; man nennt ihn dann einen „strebsamen Menschen“, der auf sein Fortkommen in der Welt bedacht ist. So strebt der Beamte nach einer besseren Stellung, der Kaufmann nach höherem Gewinn, der Landmann nach höheren Getreidepreisen, der Handwerksmeister nach mehr Verdienst und selbst der König von Preußen hat vor einigen Jahren eine Erhöhung seiner Privatliste um mehrere Millionen Mark beantragt und durchgeführt, weil er behauptete, daß er mit dem Einkommen, das sein Großvater gehabt habe, heutzutage nicht mehr auskommen könne. Alle, die ein höheres Einkommen erstreben, begründen dies damit, daß sie auf die gesteigerten Ansprüche hinweisen, die das Leben heute an den Menschen stellt. Mit Recht erklärte deshalb der deutsche Kaiser Wilhelm II. beim Antritt seiner Regierung einer Unternehmerrdeputation gegenüber: „Es ist menschlich, natürlich und sehr erklärlich, daß jeder Mensch danach strebt, sich seine Lebenslage so gut wie möglich zu gestalten.“ Wenn dies aber zutrifft und wenn die Ansprüche aller anderen Gesellschaftsklassen auf Verbesserung der Lebenslage für berechtigt und ganz vernünftig erklärt werden, wie kommt es dann, daß man dieses selbe Bestreben, falls es von der Arbeiterklasse ausgeht, mit dem Namen Unverschämtheit und Privatlistigkeit belegt? Mühen uns die Staatsräuber und Gesellschaftsritzen doch einmal diesen Widerspruch erklären, wenn sie es können.

Aber nicht nur die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse selbst, sondern auch die in diesem Streben angewandten Mittel unterliegen einer ganz verschiedenartigen Beurteilung. Hier spielt der frivole Streit und der frivole Spott eine wichtige Rolle. In volkswirtschaftlicher Beziehung ist der Streit eine ganz einfache Sache: Die Arbeiter, als Verkäufer ihrer Arbeitskraft, stellen den Verkauf ihrer Ware ein, weil ihnen der gezahlte Preis nicht mehr genügt. Sie machen von dem Rechte eines jeden Verkäufers Gebrauch, der seine Ware zurückhält, falls der Käufer den geforderten Preis nicht bezahlen will. Der moderne Arbeiter ist ja ein freier Mann und kann seine Ware Arbeitskraft verkaufen, wo und wann er will. So lautet der Rechtsgrundsatz des Kapitalismus; wenn aber der Arbeiter diesen Grundsatz auf sich anwendet, so ist dies eine Frivolität sondergleichen. In den Augen eines Kapitalisten oder Kapitalistenhegts ist der Streit eine Auslieferung gegen die gottgewollte Ordnung, ein Verbrechen, hinter dem die Hydra der Revolution lauert; der Arbeiter, der seine Arbeit niederlegt, macht nur von seinem guten Rechte Gebrauch. Aber so ist nun einmal die Natur der Kapitalproben: der Arbeiter darf keine Forderung stellen, höchstens darf er darum bitten. Jeder andere Verkäufer, der man nach dem Preise seiner Arbeit fragt, fordert

einen Preis, der Arbeiter aber soll bitten und bitten. Der Arbeiter wird auch noch in anderer Weise ungleich behandelt. Zuweilen kommt es vor, daß ein Unternehmer einem von Beschäftigten anfragenden Arbeiter sagt: „Sie können bei mir anfangen zu arbeiten, später werde ich Ihnen sagen, welchen Lohn ich geben kann.“ Das ist gerade so, als wenn man zu dem Käufer eines Schuhschuhens sagt: „Wenn Sie mir die Schuhe nur bei 14 Tage lang tragen und Ihnen dann sagen, wieviel ich dafür zahlen kann.“ Der Mann würde schöne Augen machen.

Wie der Streit, so ist auch der Boykott in sozialistischer Hinsicht eine einfache Sache. Die Arbeiter erkennen in ihrer Eigenschaft als Käufer, daß sie diese oder jene Ware, oder daß sie von diesem oder jenem Warenbesitzer nicht kaufen wollen. Hierzu sind sie natürlich berechtigt, da es ihnen freisteht, zu kaufen, was und von wem sie wollen. Wenn es ihnen dennoch zum Vorwurf gemacht wird, daß sie auch ihre Macht als Käufer benutzen, um kämpfende Arbeiterbrüder zu unterstützen, so läßt dies deutlich das anerkannte Maß erkennen, womit in der kapitalistischen Gesellschaft gemessen wird. Wenn die Mittelstandsbreiter rufen: „Kauft bei keinem Juden, kauft in keinem Warenhause oder Konsumverein“, so ist das ein berechtigtes Kampfmittel; wenn die Mittelstandsbreiter den Soldaten anbietet, diese oder jene Wirtschaft zu besuchen, so tut sie dies im wohlverstandenen Interesse militärischer Disziplin; wenn ein Kapitalist seinen Arbeitern vorschreibt, welche Zeitung sie lesen und welche Wirtschaft sie besuchen sollen, so nennt man das „ein patriarchalisches Verhältnis“; wenn aber eine Arbeiterkommission die Arbeiterfrauen auffordert, nur bei den Wäckermeistern zu kaufen, die ihren Gefellen wenigstens halbwegs anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren, so wird dies als großer Unfug, Verpöndung und noch viel Schlimmeres bezeichnet. Man ruft dann nach dem Staatsanwalt und dem Polizeihauptmann.

Nach Ansicht der Kapitalisten — und auch viele Sozialpolitiker sind derselben Meinung —, muß man zwischen einem berechtigten und einem unberechtigten Streit unterscheiden; ersterer mag gebuldet werden, letzterer muß in der Wurzel erstickt werden. Neulich hat sich in Hamburg ein „wirtschastlicher Schutzverband“ gebildet, der gegen die „unberechtigten Streiks“ und die „irribolen Boykotts“ energisch Front machen will. Das klingt ja sehr schön, ist aber der größte Blödsinn; denn wer soll bestimmen, wann ein Streik oder Boykott berechtigt ist oder nicht? Sollen die Arbeiter erst beim Vorhandensein dieses Schutzverbandes um die Genehmigung nachsuchen, wenn sie in einen Streit eintreten oder einen Boykott beschließen wollen? fragte mit Recht ein hervorragender hiesiger Sozialpolitiker. Man sollte meinen, die Arbeiter wären mündig genug, um selbst entscheiden zu können über ihr Tun und Lassen.

Als eine bedeutende Waffe im Emanzipationskampfe des Proletariats ist auch das zu bezeichnen, was man im kapitalistischen System Terrorismus der Organisation nennt. Wenn ein organisierter Arbeiter seinen unorganisierten Kollegen auffordert, der Organisation beizutreten, um mit seinen Arbeitsbrüdern gemeinschaftlich für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen zu können, so ist dies sein gutes Recht; wenn er ihn darauf hinweist, daß es unfein und unmoralisch ist, immer andere Leute Opfer bringen zu lassen, während man selbst die Früchte der Organisationsarbeit mitgenießt, so beweist er hierdurch ein hohes sozialistisches Empfinden; wenn er dann endlich, nachdem alle Mittel der Ueberzeugung erschöpft sind, jede Gemeinschaft mit einem solchen unsozialen Menschen aufgibt, so kann man ihm dies keineswegs verargen. Die kapitalistische Presse schimpft dann über Terrorismus und Bestrafung der persönlichen Freiheit. Wenn aber ein Kapitalist seine Arbeiter mit der Hungerpeitsche aus der Organisation herinstreift und hierdurch das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen tritt, so ist das nicht nur kein „Terrorismus“, sondern „berechtigtes Recht“. Ebenjowenig ist es Terrorismus, wenn ein Unternehmerrath einen Unternehmer mit allen Mitteln gesetzlicher Sitten zum Beitritt zwingt. Dann heißt es eben: „Ja, Herr, das ist ganz was anderes!“

### Aus Amerika.\*

Vom Ohio bis zum Stillen Ocean.

Von Chagrin.

I.

Endlich wird dem Hunger nach frischer Luft Befriedigung. Der Zug nach Chicago, wie ich schon, über den Mississippi Chicagowärts. Die mühsamen Korbträger der American Steel Works beladenen mühselhaft den Weg. Auf Kammern übersehen! Diese Korbträger sind wohl jeder Proletarier, wenn er den Füllsack, den dem verpöndlichen Industriebetrieb, diesem Meer von Rauch und

\* Diese längere Kritikerie ist die letzte, die uns Colleague Chagrin aus Amerika schreibt. Er hat am 10. Juni dem Deutschen Bulet gesagt und ist auf der „Wpa“ nach Japan geehrt.

### Streitakt in alter Zeit.

Es gibt bekanntlich immer unzufriedene Menschen, die mit ihrer Gegenwart nicht zufrieden sind, sondern sich nach der Vergangenheit sehnen: die nicht müde werden, sich nach der Vergangenheit zu wenden, die nicht müde werden, sich nach der Vergangenheit zu wenden, die nicht müde werden, sich nach der Vergangenheit zu wenden. Es sind unterliche Geister, die diesen Geistes- und Gemüthszustand verschaffen, was auch ohne weiteres klar wird, wenn man diese Rede von Ungerechten und eben so des Wesen ihrer Ungerechtigkeiten näher betrachtet. Diese Ungerechten sind Handwerker, Arbeiter, Bauern, Soldaten und Krieger. Die Handwerker der mittelalterlichen, feudalen und politischen Verhältnisse hat ihre demütigende Stellung von ehemals geschätzt und man hat in den Hintergrund gedrückt und in seiner Gegenwart erschöpft. Die Ungerechten dieser Straße gilt hundert aber noch besonders der verübten Arbeitsverhältnisse. Die herrschende und privilegierte Klasse der Patriarchatszeit mit den Gefellen als Herren, Bauern, Soldaten und Streikende sind verschwendet; und der Unternehmerrath ist ein Herrschaftsverhältnis, was dazu auf der Grundlage des Tarifvertrages geworden und die schwachen Arbeiter haben sich als gleichberechtigter Vertragspartei gegenüber dem Unternehmer. Es ist die „Herrschaft“ des nicht müde als die „Gegen“ herrschenden und ehedem Handwerkerstandes abgelehnt und er stellt hier die heutige „unzufriedene, zufriedene und beschuldigte Arbeiterklasse“, die keinen Heißel mehr kennt, keine Furcht mehr und jeder den „Gegenstand“ „Gefelle“ man sich weiß. Dabei müssen sich Arbeiter, die die Zukunft noch trüber erkennen lassen als die Gegenwart und jeden brennen Hoffnungen von einem Schicksal und Herr des Lebens vollends verwerfen.

Der Kampf nach der guten alten Zeit entringt sich der gemäßigten Kraft unserer modernsten realistischen Sozialisten massenmäßig auch im Hinblick auf die Streiks. So etwas hat's ja jetzt nicht gegeben und die Zeit befindet sich auch bei den Gefellen ganz es dabei besser als heute den Arbeitern mit ihren Rechten.

Wie es der Redner von der „guten alten Zeit“ in all-gemeiner sehr viel Mühen und Unwohlsein ist, so im besondern auch im Hinblick auf die Streiks. Karl Marx sagt uns in seinem berühmten Werke, daß die Geschichte aller Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist und es hat denn auch nie ein „Friedensreich“

gegeben. Und nicht zuletzt die Kaufleute waren es, die im Mittelalter immer darauf bedacht waren, die Gefellen zu bevorzugen und zu unterstützen, die daher die bekannten schönen Franzosen anstellten, die nicht anders als Ausnahmefälle gegen die Arbeiter waren und die jeder jeden Augenblick das patriarchalisch-günstliche Streikregiment wie auch Kaiser und Reich gegen die „unzufriedenen“ Gefellen mobil machten. Freilich erklärten die Kaufleute zu heute gerade in dem damaligen Diktatorspielen der Kaufleute, daß diese planmäßig zur Befreiung ihrer Interessen trübten, die „gute alte Zeit“.

Die mittelalterlichen Gefellen können sich indessen so wenig als die unzufriedenen Arbeiter von amantischen Herren alles gefallen und so kann es zu Kämpfen, zu Streiks, Sperrn, Boykotts, Streikposten, Streik z. genau so wie heute, und für was bieten sie noch ein befriedigendes Interesse hinsichtlich ihrer Laktin. Das besondere derselben war der jeweilige Auszug der Streikenden aus dem Streitort und die förmliche Belagerung desselben, die oft monatelang dauerte.

Wenn man will, spielte sich auch die erste Ausperrung in derselben Form ab, nur daß es sich dabei nicht um einen freiwilligen Auszug, sondern um eine gewaltthätige Verdrängung handelte. Wir meinen die Verdrängung der ersten Menschen aus dem Paradies durch den wegen der Spindelweberin der Eva so stark ergründeten Jehova. Die kapitalistischen Unternehmerrathen von heute machen es ebenso mit ihren Arbeitern und wohl deswegen fehlen sie auch eine gewisse Gerechtigkeit.

Der erste geschichtliche Streit mit dem Auszug dürfte derjenige der Israeliten gewesen sein, die nach langen Kämpfen gegen ihre Bestimmung durch die Pharaonen Ägypten verließen, um in das Land der Freiheit und Schönheit, nach Kanaan, zu ziehen, wo Milch und Honig floß und sie eine neue ideale Heimat fanden. Es war ein politischer Streit, der erste Generalstreik, der für die Streikenden mit bestem Erfolge endete.

In Rom wiederholten Jahrtausende später die Plebejer den Kampf nach dem israelitisch-ägyptischen Vorbild gegen die Patrizier. In der alten Republik herrschte ein grausames Schuldbrecht, unter dem die Plebejer fast nur noch leben konnten, so daß sie besten Willens umgeben waren. Ihre Empörung gegen das gehagte Gesetz veranlaßte sie, dem Diktator Titus Latinius die Gefolgshaft im Kriege gegen die Latiner zu verweigern; die Straftat von den Folgen bezog sie aber schließlich doch, in den Krieg zu ziehen. Aber es blieb auch das

geheimste Schuldbrecht fortbestehen, so daß nach der Beendigung des Krieges die Unzufriedenheit der Plebejer wieder stärker wurde. Es folgten nun abermals eine Reihe von verschiedenen Kriegen nacheinander, um die unzufriedenen Plebejer zu beschlagnahmen; in den friedlichen Zwischenpausen wurden sie mit Versprechungen „besänftigt“, das heißt zum Narren gehalten. Schließlich brach im Jahre 494 vor unserer Zeitrechnung eine förmliche Empörung aus und die Plebejer wanderten aus, um an einem andern Orte, auf einer Höhe, 3000 Schritte von der Stadt entfernt, die später den Namen des „heiligen Berges“ führte, eine neue Gemeinde zu gründen und hier nach eigenen Gesetzen zu leben.

Diese energische Trennung erfüllte die Patrizier mit erster Sorge und sie bequamen sich zu einigen Zugeständnissen. Die Sage berichtet, die Plebejer hätten sich auf das vernünftige Zureden einiger gemäßigter Patrizier zur Rückkehr nach Rom entschlossen. Sie ließen dies in eine Erzählung ein, welche zugleich eine moralische Belehrung gewähren soll. Menenius Agrippa nämlich, ein beim Volke beliebter Patrizier, bewog, wie es heißt, die Plebejer dadurch zur Rückkehr, daß er ihnen die Fabel erzählte, wie sich einst die verschiedenen Glieder des menschlichen Leibes gegen den Magen verschworen hätten, weil derselbe alles allein verzehre; sie hätten aufgehört, ihm ihre Dienste zu leisten, seien aber alsbald durch ihre eigene Entfremdung bekehrt worden, wie notwendig ihnen der angegebene Magen sei; genug, es kam nach einigen Unterhandlungen zu einem Vertrage und die Plebejer verließen ihr besiegtes Lager auf dem Berge, welcher von ihnen damals dem Gotte Jupiter geweiht wurde und daher seinen neuen Namen des Heiligen erhielt. „Was man in Rücksicht auf den Hauptpunkt, die Schulden, bestimmt hat, wissen wir nicht, sagt Schloffer in seiner Weltgeschichte, wahrscheinlich wurde das feithetige Schuldbrecht beibehalten, die Schuldenlast der Unvermögenden aber aufgehoben und den eingetretenen Schuldnern die Freiheit gegeben. Viel wichtiger war, daß die Plebejer einen größeren Einfluß auf den Staat erhielten, als sie feithet gehabt hatten. Man mußte ihnen nämlich das Recht einräumen, durch besondere aus ihrer Mitte erwählte Beamte, Volkstribunen genannt, gegen jeden Mißbrauch der patrizischen Gewalt sich zu schützen.“ Also auch dieser „politische Generalstreik“ mit der alten Laktin des Auszuges der Streikenden war erfolgreich.

Die politische Geschichte mag noch manche ähnliche Kämpfe verzeichnen, wir wollen indes denselben nicht weiter nachforschen, sondern zu den wirtschaftlichen Kämpfen übergehen. Da finden wir

Neuerhalten, diesen Schmiedehäfen und Schmiedeherd anstellt. Die Arbeit hat sich fröhlicher, das Leben wird leichter, wenn man glücklich aus dem Reich der „Smoky City“ ist. Eine Arbeit in Amerika ist nicht immer eine so einfache Sache, wie es sich eine gründliche Auffassung wohl vorstellen mag. Und dabei können, wenn „Fortuna“ hold ist, manche Klustonen über das „herrlichste Land auf Gottes weitem Erdb“ verloren gehen. Diverse Eisenbahngesellschaften vermitteln den Verkehr. Unter diesen ist die vortheilhafteste wohl zu treffen, ist keineswegs leicht. Am liebsten den langweiligen und schwierigen Weg durch ein halbes Duzend von Fahrplänen, Routen, Preislisten, „Werbillegien“ zc. zu bahnen, sucht man Rat, und Bestand bei Eingeborenen. Wenn man kein geborenes Vögelchen ist, findet man unter ihnen auch einen, der — nicht über geringere Wissenschaft verfügt. Diese Vereinfachung der Befahrung gibt eine beruhigende Sicherheit, die selbst bei der Befahrung der Welt nicht noch anhält. Kurz danach erklärt man dann allerdings, daß der Vorteil nun nicht gerade auf der gewählten Seite liegt.

„Günstigste Fahrpreise: 9,50 \$ von Pittsburg bis Chicago“ verkünden an allen Ecken Plakate. Solche Kunde ist Balsam für den Reisenden mit schlanter Geldbörse. Weh er doch, daß die Fahrt sonst dreizehn Dollar kostet.

Um zwei Uhr nachmittags steht einer mit geschuldetem „Berliner“ am Billethaus der Pennsylvaniaabahn und verlangt die hübsche Fahrkarte, dabei zur Befreiung seiner todernsten Reiseabsicht ein Zehn-dollarstück hinterwerfend, dem noch der Delgeruch der Tube Company anhaftet. Acht Dollar mehr! schreit's durch das Fensterloch. — Was für dies? — Mit dem Zweifelhafte kostet es achtzehn Dollar. — Gut, dann mit dem Neunzehndollar. — Dreizehn Dollar. — Wann fährt denn eigentlich der Neunzehndollar-Zug? — Morgen früh um zwei Uhr. — Welch eine Parumerell kein Wort auf den Plakaten zu lesen, daß die Preisermäßigung nur für einen Zug (pro Tag) gilt und daß gerade dieser sieben Stunden mehr braucht. Der Reisende, dem die Sparbarkeit als zweite Lebensregel oktroyiert worden ist, macht vor dem Billethaus noch einen Rundgang bei den Verkäufern von „Reduzierten Preisbillets“ (Cut Rate-Tickets). Diese sammeln die umbedachten (Mild-)fahrarten und bieten sie uns zu (allerdings nur wenig) geringeren Preisen an. Zumletzt schlagen diese Händler ihre Zelte in der Nähe der Bahnhöfe auf. Auf großen Tafeln findet man die Strecken bezeichnet, für die Billethaus auf Lager sind. In manchen Staaten ist dieser Handel verboten, ohne daß von einem verminderten Geschäftsgang die Rede ist. Die Detektivs der Bahngesellschaft liegen konstant auf der Lauer. Wird ein Passagier mit einem Billethaus von den „Ticket Scalpers“ ertappt, wobei er ohne Zeremonie, aber mit großer Plöcklichkeit, aus dem Zuge gefeht.

Die Art der Kontrolle in den Bahnhöfen fällt dem Fremdling auf. Die Billethaus — (manchmal) zehn Zoll lange und zwei Zoll breite Papierstreifen — werden von einem Beamten in Augenschein genommen und der Befund zu Papier gebracht. Gleich hinter ihm kommt ein zweiter, der die Papierstreifen abnimmt und eine rot, blau, grün oder sonstige gefärbte Karte dem Passagier an den Hut steckt. Das Notizmachen vergeht auch dieser nicht. Jetzt haben Beamten in Kalkformiten den zwei Beamten noch einen anderen auf die Fersen gesetzt. Ob diese Kontrolle der Beamten oder deren Notwendigkeit von den Yankee und deren Fremden wohl zur Begründung der Ehrlichkeit in Amerika oder als Argumente für die Abwesenheit von Bureaukraten und Pladerel benutzt werden?

Über das Reisen in Amerika hört man von Sprichtouristen nur Schönes berichten. Besonders die, die einen vollen Nachmittag hier waren und einen Teil von dieser Zeit gut angewandt, sind bes Lobes voll. Auch Genosse Mehring rühmt die Wagenausstattung und die Keilhaft der Yankee; Ludwig Fulda widmet der „Reiseleiter“ ein schönes Kapitel, ein anderer juchet: Nur eine Wagenklasse, welche demütliches Zeichen einer lebenden Demokratie!

Bei der Beobachtung der Dinge kommt es sehr wesentlich darauf an, ob der Blick durch eine volle Geldtasche gesammelt oder beflüßigt wird oder nicht. Wenn nicht, wird der Blick viel mehr in die Tiefe, in die Höhlen gedrungen, steht die Schattenseiten viel leichter und fällt den eigenen Leib darauf reagieren. Nur schade, daß die Arbeiter so wenig an ihrer eigenen Geschichte schreiben. Was bis heute über ihre Leben und Denken in Büchern niedergelegt worden ist, wurde zumletzt von ihren geistigen, wirtschastlichen und politischen Mitbüdnen geschrieben und was infolge dessen einen viel geringeren Wert haben. Oder auch: es wird die besterstellte, wenn nicht die herrschende Klasse als Hauptstüb für ein ganzes Volk, das ist auch für die arbeitenden Schichten, genommen. Darans müssen Aufstellungen werden, die in fremdem Gegenstand zu den Tatsachen stehen. Es entstehen widerprüchliche gegenwärtige Berichte, deren Unvereinbarkeit schon bei ihrer Niederschrift festgelegt worden ist. Doch sei diese Vorrede geistig.

Eines ist gewiß: Das Zeichen der Demokratie, die eine Wagenklasse, gibt es hier nicht. Es gibt erste und zweite Klasse: gegeben. Und nicht zuletzt die Kaufleute waren es, die im Mittelalter immer darauf bedacht waren, die Gefellen zu bevorzugen und zu unterstützen, die daher die bekannten schönen Franzosen anstellten, die nicht anders als Ausnahmefälle gegen die Arbeiter waren und die jeder jeden Augenblick das patriarchalisch-günstliche Streikregiment wie auch Kaiser und Reich gegen die „unzufriedenen“ Gefellen mobil machten. Freilich erklärten die Kaufleute zu heute gerade in dem damaligen Diktatorspielen der Kaufleute, daß diese planmäßig zur Befreiung ihrer Interessen trübten, die „gute alte Zeit“.

Seitwagen und Karstwagen (und Schlafwagen). Dazu kommt noch wie auch anderwo die Differenz in den Zügen (Schlafwagen). Jedemals hat in diesem Punkte Amerika gegenüber anderen Ländern nicht viel voraus. Dann kommt noch die Karst, den die reichen Leute kennen, die Arbeiter aber um so mühsamer führen: die hohen Fahrpreise. Die Altonerstraße (Schnee) für die gewöhnliche Klasse zwischen Philadelphia und acht Pfennigen. Das wäre nachher der Preis für die erste Klasse in Deutschland. Für dieses Geld fährt man dann jedenfalls in Deutschland denn doch bequemer und sicherer. Für den ärmeren Arbeiter, der von Ort zu Ort muß, fällt der Preis sehr ins Gewicht. Ganze Scharen von Proletariaten benutzen als blinde Passagiere die Altonerstraße bei der Durchquerung der schier endlosen, von kleiner „dicken Wände“ gefegneten Wärdern. Werden sie ertappt, so müssen sie sich auf einen Auffprung bei voller Fahrt und auf eine für den Rücken bestimmte Beladung gefaßt machen. Es ist mit momentan nicht im Gedächtnis, wieviel Tausende von „Cramps“ und „Crespasses“ im letzten Jahre von der Bahnpolizei erschossen wurden.

Die innere Ausstattung der Wagen pendelt zwischen der der deutschen dritten und der zweiten Klasse. (Es wird hier nur von der Klasse gesprochen, die der mit weniger Kleingeld gefegnete Passagier benutzt.) Der Wagen ist ohne Abteilungen. Wer sich der Bekümmerte hingeben will, wird die deutschen Abteilungen vorziehen; so auch der, der dem Lärm abhold ist. Der Rauchwagen ist der schmutzigste von allen. In diesen kann man am besten beobachten, zu welcher Virtuosität es die Amerikaner im Disziplin- und Disziplin gebracht haben. Die Wagenmitte wird durch den Durchgang gezogen. Rechts und links sind harigepolsterte zweifelhafte Bänke. Diese kamen mir immer vor wie spanische Stühle. Gerade der Sitzform des Menschen angepaßt, eng voreinander gestellt, lassen sie keinen Raum zum Ueberstrecken. Wer etwas lang geraten ist, fühlt bald alle Glieder schmerzen. Und wenn im ganzen Wagen nur ein Mensch ist, so ist doch kein Platz zum Langstrecken. Wie oft habe ich nicht auf den langen Fahrten eine Wort aus der deutschen dritten Klasse hierher gewünscht! Natürlich, wer die Mittel zur Benutzung der Salonwagen oder Pullmanwagen besitzt — diese für einen Arbeiter einfach nicht zu bezahlen —, reist ganz bequem und kann dabei herrliche Phrasen über die Annehmlichkeit des Reisens in Amerika dreseln. Auf den Reklamen der Bahnen wird so ziemlich überall von Wagenventilation (zur Verhütung der Wagenkrankheit, des Gegenstands der Seefrankheit), von verstellbaren Liegestühlen (Reclining chairs) und von anderen Annehmlichkeiten wortreich berichtet. Leider sind sie gar oft bloß auf dem Papier vorhanden. Nur auf der Chicago-Alton-Bahn fand ich ganz, was die Bahn auf ihren gedruckten Prospekten versprochen. Ehe ich von St. Louis abreiste, überzeugte ich mich tags zuvor von der Existenz der Liegestühle. Sie waren da und tatsächlich auch bei der Abreise vorhanden. Aber nur eine relativ kurze Strecke. Dann gab's Wagenwechsel und wieder die schweißigen Fokterbänke. — Eiswasser findet man in den Bahnhöfen so ziemlich überall, oft auch volle Wasserschüssel und manchmal sogar reine Handtücher. 67 Milligramm Gepäck wird auf eine volle Fahrkarte frei befördert. Ist das Gewicht höher, dann ist ein gebühriger Zuschlag zu zahlen. Für circa 7 Pfund wurden mir von New York bis Pittsburg (690 Kilometer) rund 6 M. abverlangt.

Welch gewaltige Menschenverachtungsmaßschießen die amerikanischen Eisenbahnen sind, ist hinlänglich bekannt. (Nach dem Bericht der Interstaatlichen Handelskommission wurden im Jahre 1907/08 auf den amerikanischen Bahnen 3764 Personen getödtet und 68 989 Personen verwundet.) Dieser Massenmord, der amerikanischen Intelligenz und Organisationskraft, womit jeder Yankee sich beistellt, eigentlich illustriert, wird durch die Behauptung zu erklären, so zu entschuldigen gesucht: Amerika hat die schnellsten Bahnen der ganzen Welt! Das wird überall mit so bombastischer Sicherheit behauptet und ohne weiteres geglaubt, daß es gut ist, nachzusehen, welche Bewandnis ist damit hat. Anstatt vieler Kalkulationen führe ich meine Reise von St. Louis nach San-Francisco an. Auf dieser rund 3500 Kilometer langen Strecke beträgt die Durchschnittsgeschwindigkeit 38 Kilometer pro Stunde. Die Terrainschwierigkeiten liegen im großen ganzen eher unter dem gewöhnlichen Maß. Dafür war aber das mit europäischer Ueberausgeschwindigkeit dahinschießende Gefährt — trete ich nicht — „Kalifornien-Flieger“ getauft. Als der schnellste Zug in Amerika gilt einer zwischen Chicago und New York. Er soll 80 Kilometer in einer Stunde durchfahren. Wenn dem wirklich so ist, so würde damit weiter nichts dargeboten, als daß das „jugendstärkte Amerika“ keine schneller laufenden Bahnen hat als das „altersschwache Europa“. Mit seinen Verkehrsleistungen, Verspätungen übertrifft Amerika selbst Italien. Das will gewiß etwas heißen.

Ein paar Stunden auf offener Strecke liegen bleiben, ist etwas allmähliches; und an Bergen wieder rückwärts fahren — um einen besseren Anlauf zu nehmen —, paßiert auch. Der Amerikaner überfließt diese Betriebschlamperei und den Raub seiner Zeit mit derselben Geduld wie ein Moslem. Der Amerikaner hat immer Zeit,

gramme Schuldbrecht fortbestehen, so daß nach der Beendigung des Krieges die Unzufriedenheit der Plebejer wieder stärker wurde. Es folgten nun abermals eine Reihe von verschiedenen Kriegen nacheinander, um die unzufriedenen Plebejer zu beschlagnahmen; in den friedlichen Zwischenpausen wurden sie mit Versprechungen „besänftigt“, das heißt zum Narren gehalten. Schließlich brach im Jahre 494 vor unserer Zeitrechnung eine förmliche Empörung aus und die Plebejer wanderten aus, um an einem andern Orte, auf einer Höhe, 3000 Schritte von der Stadt entfernt, die später den Namen des „heiligen Berges“ führte, eine neue Gemeinde zu gründen und hier nach eigenen Gesetzen zu leben.

ausgenommen, wenn er als Arbeiter einem Herrn dient. In der Welt würde das "Recht der Zeit der Arbeit" schon gegeben werden.

Zu öffentlichen wird auf den langen Routen an bestimmten Stationen etwas (Lager 30 Minuten) gehalten. Zweimal sah ich die Bälle, lange bevor die bekanntgegebenen Kufenhändler abgelassen, wie immer und überall, so auch diesmal ohne jedes Abfahrtsgehehen davonfahren.

Als die Eisenbahnunternehmungen in Amerika gegründet wurden, ermutigte sie der Kongress durch Schenkung von Eisenstrecken Landes, natürlich nicht vom schlechtesten, das in der Regel an beiden Seiten der (projektierten) Eisenstrecke gelegen ist.

Es gibt in ganz Amerika keine Bahngesellschaft, die in Vollgung steht. Die größten und wichtigsten Bahnen sind im Besitze oder unter der Kontrolle einer kleinen Gruppe Magnaten, deren Einfluß in allen gesetzgebenden Körperschaften zu spüren ist.

Aus der badischen Uhrenindustrie.

Der Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für 1908 bietet für die Uhrenarbeiter insofern besonderes Interesse, als er Lohnstatistische Tabellen aus der Uhrenindustrie neben solchen aus der Württembergischen enthält.

Die beiden Lohnstatistischen Doppeltabellen des Berichts geben eine nach Branchen geordnete Uebersicht über die Lohnverhältnisse in 4 Uhrenfabriken in 1908 und einen Vergleich mit dem Stande im Jahre 1900.

in der Weibischen Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung einen Fall aus dem 16. Jahrhundert. Im Jahre 1538 berichtete der Bischof von Ely an den Staatssekretär Cromwell, daß 21 Tagelöhner der Schuhmacher von Wisbach sich auf einem Hügel außerhalb der Stadt versammelt und drei ihrer Mitglieder ausgesandt hätten, alle Schuhmachermeister zu einer Zusammenkunft aufzufordern.

Schanz berichtet in seinem interessanten Buche über die deutschen Gewerkschaften von mehreren Streiks, die sich in der Form des Auszuges abspielten. So jagen im Jahre 1495 30 Bäckergefelln von Kolmar aus nach dem benachbarten Oberbergheim, um da ihren Kampf gegen die Geistlichkeit und gegen die Behörden der Stadt Kolmar zu führen.

denen, die ihn nicht geleistet hatten. Gegen dieses Urteil appellierten die Bäckermeister an das Hofgericht in Ennsheim, das aber erstere befähigte. Nun wandten sich die Bäckermeister an das Reichskammergericht in Frankfurt a. M., das aber den Rekurs wegen Inkompetenz abwie.

anleht durch eine Verhinderung des Aufstiegsprozents (24 gegen 12), eine Veranschlagung der ungelerten männlichen Arbeiter (101 gegen 30) und eine feste Veranschlagung des weiblichen und jugendlichen Personals (118 gegen 60). Die Zahl der gelerten Arbeiter ist ungefähr gleich geblieben, teilweise sogar (Metallarbeiter) erheblich zurückgegangen.

Es ist also in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft der Uhrenfabriken eine wesentliche Verschiebung eingetreten, und zwar zugunsten der gelerten Arbeiter, die insofern Weiterführung der Arbeitstellung und Vermehrung der Hilfsmaschinen immer mehr durch ungelerte, besonders durch die billigeren weiblichen Arbeitskräfte verdrängt und ersetzt werden.

Die Statistik zeigt nun folgende Verhältnisse:

Table with columns: Berufsarten, Jahr, Durchschnittliche Zahl der Arbeiter in jeder Klasse bei einem Wochenlohn in Mark, Lohn in Prozent. Rows include Werkführer, Bildhauer, Holzdreher, Schreiner, Maler, etc.

Zusammen 1900: 98,62; 1908: 112,76. Durchschnittlicher Wochenverdienst männlicher Arbeiter im Jahre 1900: 16,39 M., 1908: 20,08 M.; der männlichen Personen 1900: 17,70 M., 1908: 21,86 M., der Arbeiterinnen 1900: 8,33 M., 1908: 10,78 M.

In Rücksicht auf den Raum haben wir die unteren Lohnklassen, die mit „unter 5 M.“ beginnen und dann von 5 bis 6, 6 bis 8, 8 bis 10 und 10 bis 12 M. steigen, in die eine Klasse „bis 12 M.“ zusammengefaßt. Dazu ist aber der Genauigkeit halber noch etwas zu bemerken.

Im Jahre 1726 brach in Augsburg ein Schuhmacherstreik aus und auch da zogen die Streikenden aus, und zwar nach dem benachbarten Friedland, wo sie sich, circa 70 Mann, niederließen. Der Streik war ein Solidaritätsstreik. In Würzburg hatten die Schustergefelln Revolution gemacht und die dortige Regierung verurteilte dann auch die unbeteiligten Gesellen zur Mittragung der Kosten.

Die Streikenden verblieben so lange in Grottau, bis sich die Meister mit ihnen gütlich verglichen, für sie bezahlten und sie wieder heimholten. Im Jahre 1726 brach in Augsburg ein Schuhmacherstreik aus und auch da zogen die Streikenden aus, und zwar nach dem benachbarten Friedland, wo sie sich, circa 70 Mann, niederließen.

von 1900 bis 1908 um 20,00 Prozent gestiegen sind. Das heißt der absolute Durchschnittslohn nur eine Erhöhung von 3,69 auf 10,78 M. pro Woche oder von 1,99 auf 1,79 M. pro Tag erfahren und ist damit niedrig geblieben, so niedrig, daß sich damit ein jugendlicher Arbeiter nicht allein zu erhalten vermag, sondern von dem Eltern einen Zuschuß in der Lebenshaltung beanspruchen muß.

Die Lohnverhältnisse der erwachsenen männlichen Personen haben, wie der Vergleich erkennen läßt, eine Verschiebung von den unteren zu den höheren Klassen erfahren und für die einzelnen Berufsarten (Schwankt die prozentuale Lohnveränderung zwischen 7,48 und 99,01 Prozent, wobei es sich im letzteren Falle nur um 2 Male handelt). Gegenüber der erheblichen prozentualen Lohnveränderung ist aber die absolute Höhe der Arbeitslöhne nicht zu übersehen und da ist nun zu sagen, daß abgesehen von den höheren Löhnen der Werkführer, Meister und Vorarbeiter die Löhne aller Arbeitertageelöhner ungeschickt der herrschenden und noch zunehmenden Teuerung als nicht befriedigend und daher weiter verbesserungsbedürftig bezeichnet werden müssen.

Fluktuation.

Die Frage, ob es möglich ist, die Fluktuation bei unserer Organisation durch geeignete Maßnahmen zu mindern, wird immer brennender. Außer auf der Generalversammlung in Rilmberg ist sie aber auf keiner Generalversammlung wieder eingehend behandelt worden.

Unsere Dresdener Vertretungsstelle hat sich gleichfalls mit der Frage der Fluktuation eingehend befaßt. Wir sind bereits in der Lage, unsere Erfahrungen zum besten zu geben, da wir gleichfalls Einrichtungen getroffen haben, die Fluktuation einzudämmen. Es ist uns dies gelungen und wir können betonen, daß der Erfolg, den wir gehabt haben, nur auf unsere Maßnahmen zurückzuführen ist.

1908 hatten wir kein Mahnverfahren. Ehe es 1909 richtig zur Geltung kam, berging der Januar, so daß im ersten Quartal 1909

nahm nach viermonatiger Dauer ein gewalttätiges Ende, indem die Streikführer verhaftet und die anderen Streikenden in dem Wirtshaus, in dem sie das Streikquartier aufgeschlagen hatten, gefangen gehalten wurden. Die ersten, vier Mann, wurden geschickt, das heißt fürs Handwerk untauglich, unfähig und unerschlich erklärt, somit die schwarze Liste der Jungfreier gegen sie angewandt.

Was aber die Streikstatistik des Auszuges betrifft, so war sie offenbar geeignet, die Stellung der Streikenden zu kräftigen, ihre Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit zu vermindern und so ihrer Sache den Sieg zu sichern, wenn er auch — so wenig wie heute den modernen Arbeitern — damals den Gesellen immer zuzufiel.

Die Zuchtreaktion, die gerade nach dem Augsburger Schuhmacherstreik einsetzte und die in der Hauptsache von Preußen ausging, das seit jeher an der Spitze aller Schandthaten gegen das Volk und die Freiheit stand, vermaglichte später geradezu die Streiks, so daß sie von 1781 bis 1868, da die Koalitions- und Streikverbote aufkamen, sich nur nach selten ereigneten. Heute, da diese Verbote beseitigt sind, einheitliche Gesetze und Justiz für das ganze Reich und die Gewerkschaften bestehen, hätte die Streikstatistik des „Auszuges“ keinen Sinn mehr.

das Mahnverfahren nur in zwei Monaten durchgeführt war; das ist auch aus dem Besten der beiden Quartale ersichtlich.

In dem zweit ersten Quartale von 1909 und von 1908 war die Mitgliederzahl die gleiche, auch machte sich die Krise gleich stark bemerkbar, so daß andere Verhältnisse nicht auf die Verminderung der Fluktuation eingewirkt haben, es sind hier nur unsere getroffenen Maßnahmen gewesen.

Wenn ich nun in Nachhinein alle unsere Einrichtungen eingehend schildere, so sollen die Kollegen nicht glauben, daß wir der Meinung sind und uns einbilden, den einzig richtigen Weg gefunden zu haben, die Fluktuation aus der Welt schaffen zu können.

Die Art der Beitragskassierung ist von großer Bedeutung bei der Frage. Das System des Abholens der Beiträge ist jedenfalls das bewährteste. Wir haben dies auch eingeführt; es waren dabei früher 9 Angestellte und 21 Unterassistenten tätig.

Es ist ferner zu beachten, daß eine zweidimensionale Beitragskassierung vollauf genügt. Es ist dagegen eingewendet worden: wenn wir die Beiträge nur alle 14 Tage abholen lassen, wird es noch mehr Resistenzen geben, da es den Kollegen schwerer fällt, zwei Beiträge auf einmal zu entrichten.

Das eine, was noch gegen die 14tägige Beitragskassierung spricht, ist, daß die Kollegen die Zeitung, die ja aller acht Tage erscheint, erst alle 14 Tage doppelt erhalten.

Wir haben, wie schon bemerkt, vor der 14tägigen Beitragskassierung 21 Unterassistenten und 9 angestellte Beitragskassierer gehabt; heute kassieren nur noch 7 angestellte Beitragskassierer voll, einer nur immer eine halbe Woche (die halbe Woche ist er im Bureau mit beschäftigt), einen Beitragskassierer haben wir ganz in das Bureau nehmen können; dieser besorgt sich außer mit der Bibliothek noch mit dem Mahnverfahren.

Die wöchentliche Beitragskassierung würde uns mit dem Mahnverfahren jährlich 25000 M. kosten, die 14tägige Kassierung mit dem Mahnverfahren jährlich nur noch 16500 M. Für die wöchentliche Beitragskassierung allein (ohne Mahnverfahren) haben wir 1908: 22500 M. ausgegeben, so daß uns die 14tägige Beitragskassierung eine Ersparnis von jährlich 6000 M. bringt und wir uns noch einen Beamten zur Durchführung des Mahnverfahrens haben, dessen Gehalt bei den 16500 M. schon mit eingerechnet ist.

Das System der 14tägigen Beitragskassierung ist nachkommen unabhängig von den unter geschiedenen Umständen. Das System ist nur zu behandeln, damit andere Verhältnisse auch einmal der Frage der 14tägigen Beitragskassierung widerstehen. Die Erfahrungen, die wir damit gemacht haben, sind folgende:

Die Arbeit der Beitragskassierer. Der Kollege hat die Möglichkeit, seine Arbeit, einige Selbstbestimmtheiten mitzugeben. Die Beitragskassierer haben für jedes Mitglied eine Karte; diese enthält außer Name, Beruf, Wohnung und Gesamtverdienst auch die Arbeitsstelle. Um hier immer auf den Laufenden zu sein, sind die Kassierer verpflichtet, von Zeit zu Zeit zu fragen, wo das Mitglied arbeitet. Die Mitglieder werden zum Teil bei der Arbeitsstelle selbst. Die Mitglieder, die Arbeitsverhältnisse wechseln, müssen beim Ergehen der letzten Unterzahlung einen Zettel ausfüllen, auf dem sie ihre neue Arbeitsstelle angeben. Diese Zettel werden den Beitragskassierern übermittelt. Die Angaben der Arbeitsstelle ist von großem Wert zur Ermittlung der Wachen der Kollegen, die bezogen sind, oder sich zu melden.

Die Beitragskassierer müssen nur einen genau wissen, bis zu welcher Woche das Mitglied bezahlt hat. Daraus können im Bureau die Beiträge abgeholt werden. Geht es nicht, dann wird auf einem Zettel bemerkt, bis zu welcher Woche im Bureau bezahlt worden ist, der Zettel wird dem betreffenden Beitragskassierer überreicht und dieser kann dann auf der Karte nachsehen.

Bei der Arbeit der Beitragskassierer. Der Kollege hat die Möglichkeit, seine Arbeit, einige Selbstbestimmtheiten mitzugeben.

erzucht Sie in Ihrem Interesse, Ihren Verpflichtungen als Mitglied in jeder Hinsicht zur pünktlichen Beitragszahlung verpflichtet. Die Unterzahlungen können nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden, wenn Sie mit Ihren Beiträgen auf dem laufenden sind. Die Mitgliedschaft erlischt, wenn Sie, ohne um Erlassung nachgesucht zu haben, länger als acht Wochen im Rückstand sind. Es liegt in Ihrem Interesse, die Sache bis zum obengenannten Tage zu erledigen.

Nach dem neuen Statut muß es natürlich heißen: sechs Wochen.

Ist diese Mahnung erfolglos, dann bekommt das Mitglied noch ein Zettel, in dem mitgeteilt wird, daß der Beitragskassierer nicht mehr kommt und daß Beitragsmarken innerhalb einer Woche im Bureau entnommen werden müssen, andernfalls die Streichung erfolgt. In diesen Vertretungsstellen ist auch bei uns gab der Beitragskassierer die Streichkarte ab, die auf die Mitgliedskarte geheftet wurde. Ein Teil der Kollegen kam darauf ins Bureau, der andere nicht und wurde als Mitglied gestrichen. Hier steht zunächst noch einmal unser Mahnverfahren ein: Erhebt der Beitragskassierer die Streichkarte, so muß er die betreffenden Kollegen im Bureau abgeben, muß er die betreffenden Kollegen abgeben.

Der Beitragskassierer trifft auf seiner Tour, da er Wochentags kassiert, die Mitglieder fast nie persönlich. Entweder ist es die Frau, die Witwe oder ein Nachbar, die die Beiträge für das Mitglied bezahlen. Diese übermitteln die Mahnung gar nicht, der Kollege nimmt auch nicht immer gleich die Zeitung zur Hand. Ist bei auch die Frau das Geld mitgebracht u. s. w. Kurz, es ist bedeutend besser, wenn der Beitragskassierer, ehe er die Karte abgibt, den Kollegen erst noch einmal persönlich aufsucht. Das kann am besten abends oder Sonntags geschehen. In den meisten Fällen regelt das Mitglied dann die Angelegenheit und der Beitragskassierer braucht die Karte nicht abzugeben.

Erreicht der Kassierer das Mitglied nicht, oder war er nicht in der Lage, es außer der Tour aufzusuchen oder das Aufsuchen war erfolglos, dann muß die Karte umgekehrt im Bureau abgegeben werden. Der Beitragskassierer muß auf der Karte vermerken, warum er sie abgibt, wann er das Mitglied persönlich aufgesucht hat, oder warum er es nicht aufgesucht hat, was das Mitglied gesagt hat, ob es wegen Beitragsstreifen, freiwilligem Austritt, ausgezogen ohne zu melden u. s. w. ausbleibt.

Es kann dies alles mit einigen Stichworten geschehen. Jeder Beitragskassierer muß jede Woche an einem bestimmten Tage zum Kollegen kommen. Er gibt dabei die Karten ab, nimmt die neuen Karten u. s. w. mit. Am Schluß des Monats müssen die Kassierer nachstehendes Berichtsformular für den vergangenen Monat ausfüllen:

Monatsbericht des Beitragskassierers für den Monat 190... Bestand am 1. Tag des Mts. Karten zu erh. Karten abgeg. Bestand am letzten Tage des Mts. Davon männl. weibl. jügl. Wieviel Mitglieder versorgen Sie mit Zeitung und Marken nur mit Zeitung (Bureauzahler) Marken Zig. (da zur. erworben) Summa: Wieviel Beitragsmarken haben Sie im Monat verkauft Davon männlich weiblich jugendlich à 10 Pf. Wieviel Mitglieder sind auf dem laufenden mit den Beiträgen im Rückstand und zwar:

Stapel Wochen: 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 über 14 Wochen Stapel Marken insgesamt

Wieviel Kollegen haben Sie außer der Tour persönlich aufgesucht? = angetroffen Bei wieviel Kol. war Erfolg? Für wieviel Kollegen haben Sie die Karten zum Mahnen abgegeben a) weil mit den Beiträgen im Rückstand b) verzogen ohne zu melden c) freiwillig ausgetreten An wieviel Kolleg. wurden beitragsfreie Marken abgegeben? wieviel St. Wieviel jugendl. Kollegen sind in die höhere Beitragsklasse eingestuft? Dresden, den 190...

Für jeden Beitragskassierer ist ein Konto angelegt, in das der Bericht monatlich übertragen wird. Auf diese Weise ist eine Übersicht über die Tätigkeit der Beitragskassierer vorhanden; man kann sehen, ob die Gesamtzahl der Beiträge steigt oder fällt, ob der eine oder der andere Kassierer recht viel Resistenzen mit mehreren Wochen hat. Der Sache kann auf den Grund gegangen, die Ursachen können ebenfalls festgestellt werden.

Die Karten, die die Beitragskassierer im Bureau abgegeben, erhält ein Kollege, der das ganze Mahnverfahren in den Händen hat. Die Karten werden in ein Journal, in dem nachstehender Satz benutzbar ist, eingetragen: Name des Kollegen, Personalia des aufzusuchenden Kollegen, Datum der Aufnahme, Tag des Ertrags der Karte, von welchem Kassierer? Beschuldigung wurde die Karte abgegeben? Beitragszahl - Verzogen ohne Meldung - Austritt - Tag der erfolgten Mahnung - Personalia des Vertrauensmannes - Wohnung - Wer hat geholfen? - Mitglied oder Vertrauensmann? - War Erfolg oder nicht? - Sind Marken entnommen? - Karte an Kassierer zurück am - Abgemeldet als ausgeblieben am - Weiterer nach Erfolg oder nicht.

Jedes Mitglied, ganz gleich, aus welchem Grunde es gestrichen werden soll oder ob es schon von dem Beitragskassierer aufgesucht werden ist, wird noch einmal von einem Vertrauensmann aufgesucht. Der Zeit des Mahnverfahrens liegt darin, daß das Aufsuchen sofort innerhalb einer Woche erfolgen muß. Donnerstags geben die Beitragskassierer die Karten ab und Freitag gehen die Aufforderungen an die Vertrauensleute auf nachstehendem Formular ab: Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Dresden u. Umgeg.

Der Kollege... bleibt kein Mitglied, bleibt Mitglied (was nicht zutrifft, ansprechend). Er hat mir folgendes erklärt: (Eventuell Rückseite benutzen.) Name des Vertrauensmannes:

Das Mitglied... soll wegen Beitragsstreif gestrichen werden - will freiwillig austreten (was nicht zutrifft, ansprechend). Das Mahner ist auf der Rückseite dieses zu erledigen. Sie werden ersucht, den Kollegen einmal persönlich aufzusuchen, um denselben als Mitglied zu erhalten. Die Antwort bitte bis auf beigefügtem Zettel zurück. Die Ortsverwaltung.

Der Kollege... bleibt kein Mitglied, bleibt Mitglied (was nicht zutrifft, ansprechend). Er hat mir folgendes erklärt: (Eventuell Rückseite benutzen.) Name des Vertrauensmannes: \* Stimmte hier, die Gründe, die der Kollege angibt, warum er nicht weiterzahlt oder ausbleiben will, oder wie er seine Beitragszahlung regeln will, zu wieder auf das laufende zu kommen

Auf der Rückseite des Formulars wird bemerkt, was es für ein Kollege ist, der aufgesucht wird, damit der Vertrauensmann leichter zu arbeiten hat.

Während des Mahnverfahrens befinden sich die Mitgliedskarten in den Händen des betreffenden Beamten und es kann darum auch nicht vorkommen, daß ein Kollege, der seinen Austritt erklärt hat oder nicht weiter bezahlen wollte, den neuen Marken nehmen kann, falls er sich krank oder arbeitslos melden will.

Ist ein Mitglied als verzogen gemeldet und die neue Wohnung nicht angegeben, so können wir die Wohnung feststellen durch den Vertrauensmann, da wir von den meisten Mitgliedern wissen, wo sie in Arbeit stehen und wir mit fast jedem Mitglied Kontakt haben. In dem Falle bekommt der Vertrauensmann nachstehendes Formular zugesandt:

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Dresden u. Umgeg.

Das Mitglied... Wert der Kollege!

Das Mitglied... in Arbeit bei: (Name)

Wohnung: ist verzogen und hat seine neue Wohnung nicht angegeben. Wir ersuchen Sie, die Wohnung zu ermitteln und unter Benutzung des beigefügtenzettels dem Verbandsbureau umgehend mitzuteilen. Die Ortsverwaltung.

Das Mitglied... wohnt jetzt

Name des Vertrauensmannes:

NB. Es wird ersucht, die Zettel recht deutlich auszufüllen. Wenn arbeitslos oder nicht mehr in dem Betrieb in Arbeit, das Nähere auf der Rückseite zu vermerken.

Der Beamte, der das Mahnverfahren unter sich hat, muß gleichfalls über seine Tätigkeit einen Bericht unter Ausfüllung des nachstehenden Formulars machen:

Monatsbericht. Mahnverfahren betreffend für den Monat 190...

Table with columns: Grund der erfolgten Mahng., Beitragszahl, Verzogen, Austritt, Summa. Rows: Unerledigt vom Vormonat, Neuüberwiesen im Monat, Summa, Unerledigt am Schluß des Monats, Erledigt im Monat, ohne.

Von den Verzogenen wurden aufgefunden: Von Vert.-Leuten wurden Kollegen persönl. aufgesucht. An Kollegen wurden Marken verkauft. Es gingen ein Briefe Karten Drucksachen, in Summa. Es gingen aus. Sitzungen wurden abgehalten. Name des Reffortführers

Alle Einzelheiten lassen sich natürlich nicht aufzählen, es würde dies zu weit führen. Eins steht fest: Das System, wie wir es zur Durchführung gebracht haben, ist von großem Erfolg für uns, wie aus den eingangs angeführten Zahlen hervorgeht. Die Verwaltungstellen, die zur Verminderung der Fluktuation bis jetzt nichts getan haben, sollten doch auch einmal den Versuch machen. Wenn auch ein Beamter mehr angestellt werden muß, dies rentiert sich auf jeden Fall. Die Beamtenfrage spielt ja in bezug auf die Fluktuation auch eine Rolle und es ist gleichfalls eine brennende Frage, ob der Raubbau, der jetzt mit einem Teil der angestellten Beamten betrieben wird, so weitergehen kann. Es ist Pflicht des Vorstandes, der Frage der Fluktuation seine ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er mußte Umfragen in allen größeren Verwaltungstellen halten, was für Einrichtungen zur Verminderung der Fluktuation getroffen, welche Erfolge erzielt worden sind u. s. w. Je nach dem Ergebnis der Feststellungen kann dann das Beste und Zweckentsprechendste angenommen werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 8. August der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. August 1909 fällig ist.

An die Ortsverwaltungen, Geschäftsführer und Reisegehaltszahler! Bezüglich der Auszahlung von Reiseunterstützung an jugendliche Mitglieder herrscht vielfach Unklarheit. Wir weisen darauf hin, daß nach dem neuen Statut jugendliche männliche Mitglieder, die während ihrer Lehrzeit eintreten, sowie die in keinem bestimmten Lehrverhältnis stehenden jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren 52 Wochenbeiträge à 25 Pf. bezahlen müssen, bevor sie Reisegeld erhalten können.

Die Mitglieder, die auf Grund des § 8 Abs. 2 des Statuts dem Verband beitreten, müssen den 60 Pf.-Beitrag entrichten und können nur Reiseunterstützung erhalten, wenn sie 26 Beiträge à 60 Pf. bezahlt haben.

Auf vom Ausland Zurückkehrende kann der § 8 Abs. 2 des Statuts der Unmöglichkeit einer Nachkontrolle wegen keine Anwendung finden; die Vergünstigung zum Bezug von Reisegeld nach 26 wöchiger Mitgliedschaft können also nur die beanspruchen, die im Wirkungsbereich des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit oder nach Beendigung des 18. Lebensjahrs eingetreten sind.

Den Bestellern von Wirtschaftsplakaten zur Nachricht, daß der Bestand vergriffen ist. Ein Neubestand befindet sich in Arbeit, wird aber kaum vor September zur Ausgabe gelangen können.

Es ist in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß auf verlorenen oder gestohlenen Mitgliedsbüchern von Unbefugten Reisegeld erhoben worden ist. Das veranlaßt uns, die Reisegehaltszahler erneut darauf hinzuweisen, bei der Auszahlung von Unterstüfung stets die Unterstüfung in dem Buch mit der auf der Quittung zu vergleichen und in

# Korrespondenzen.

## Formen.

**Worzhelm.** Einer der elchändigsten Gießerbetriebe in Deutschland ist wohl der der Firma **W e l z e r** in **Worzhelm**. Welt und breit ist die Firma bei den reisenden Kollegen bekannt und nur, wer nachgehends dazu gezwungen ist, passiert sie als Durchgangsstation. Wenn irgend noch ein paar Pfennige in der Tasche sind, berührt sich selten ein Former in diese „gastliche Stätte“. Im Durchschnitt bezahlt man 2,5 für das Alu, doch hängt es vom Wohlwollen der Frau Meisterin oder des Meisters ab, wenn mitunter auch 5,5 bezahlt werden. Dies kommt besonders bei der Geldnot vor. Nicht selten passiert es, daß die Kollegen ihr Koffgeld, das in **Worzhelm** infolge des Bogts 11,50 M. beträgt, nicht bezahlen können. Herr **W e l z e r** muß dann, um sich nicht allzu sehr zu kramieren, den Kopf und Bogtsgebit das Fehlsende zusehen, da trotz gutem Zureden durch die Frau Meisterin die Formen keine Minute mehr im Betriebe zu halten sind. Die Wochenverdienste schwanken in der Hochkonjunktur zwischen 18 und 24 M. Das Beste geht aber zu den Seltenheiten. Es wird nur in **Worzhelm** gearbeitet. Preislos wird nicht bezahlt. Das Material ist durchgängig schlecht. Werkzeug fehlt, so daß, wenn auch wirklich mit dem Preise auszuwachen wäre, der Verdienst durch die Zeit, die der Former auf den Formlasten warten muß, wieder beeinträchtigt wird. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. Die sanitären Einrichtungen in der Gießerei spotten jeder Beschreibung. Waschlagerstätten, Garberoberräume sind nicht vorhanden. Die Behandlung ist geradezu unwürdig. Mehr als einmal am Tage fällt die Bemerkung: „Wacht mit doch den A...“ Wird wegen zu wenig Verdienst reklamiert, heißt es einfach: „Geht doch zu eurem Verbandsleiter nach **Worzhelm** und laßt euch das andere Geld auszahlen.“ Die Hilfsarbeiter fehlen vollständig. Beim Gießen werden die Dreher- und Schlofferlehrlinge verwendet. Es ist geradezu ein Skandal, daß so junge Leute von 16 Jahren zu solchen Arbeiten gebraucht werden. Wenn man überhaupt meint, daß die Lehrlinge in der Dreher- und Schlofferlei (besonders) sind 8 Besätze und 1 Meister in der Abteilung) nur beim Gießen helfen müssen, so irrt man sich. Auch beim Weistreiben, Ausmisten der Ställe, Aufsätten des Viehes, bei dem Bedauern des Landes, überhaupt in der Landwirtschaft werden sie mit beschäftigt. Das sollen dann nach ihrer Lehrzeit Dreher und Schloffer werden, die sich ihr Brot verdienen können. Daß hier die Weistriebe nicht eingreift, muß verwundern. Aber mag es sein, Herr **W e l z e r** im Gemeinderat von **Worzhelm**? Er kann sich's erlauben. Es wäre Zeit, daß sich der Herr Gewerbetreibende diesen Betrieb einmal gründlich ansieht. Zu der Landarbeit werden übrigens teilweise auch die Former verwendet, das heißt wenn sie es sich gefallen lassen. Durch den fortwährenden Zugang ist auch schon mancher „Fischer“ mit hereingeschnitten, der dann den Kollegen die Mittel zur Abhilfe der traurigen Zustände Unmacht und — nicht ohne Erfolg. Die Organisation ist eine gute. Von 10 dort beschäftigten Formern sind 8 organisiert. Eine Aussprache der Verbandsleitung mit Herrn **W e l z e r** hätte leider keinen Erfolg, so daß man ihm auf anderem Wege Vernunft beibringen muß. Wir möchten deswegen die reisenden Former ersuchen, bevor sie bei der Firma **W e l z e r** anfragen, sich vorher bei der Geschäftsstelle **Worzhelm**, **Postfach 37 I**, zu erkundigen, um vor Enttäuschungen bewahrt zu bleiben.

**Nabeberg.** In der Eisengießerei und Maschinenfabrik von **M a t t e** in **Nabeberg** haben sich durch den dort herrschenden Meister **W o l f** Zustände herausgebildet, die Formern und Gießereiarbeitern fast unerträglich sind. Besonders hat er die bösen Verbändler im Auge. Daß es ihm viel lieber wäre, wenn alle dem **Stützpunkt**-Dundeschen Gewerkschaft angehörten, geht daraus hervor, daß er einen Hilfsarbeiter, der dort in Arbeit trat, 2,5 Stundenlohn mehr schreiben wollte, wenn er zum Gewerkschaftler ginge. Also sollte die Firma indirekt für diesen die Beiträge bezahlen. Dieser Arbeitskollege hielt sich aber fest für befristet, den Weg zu wählen, den er gehen soll und ließ den Gewerkschaftler links liegen. Die Verhandlung durch den Meister läßt alles zu wünschen übrig und die Arbeiter werden bei den geringsten Anlässen mit Straußausbrüchen angebrüllt, wie wenn sie auf heißen Öfen tanzen wären. Einer nicht besonders lobenswerten Behandlung haben sich die Besatzlinge zu erfreuen. Kürzlich schlug er einen Lehrling derartig ins Gesicht, daß die Brillengläser dabei zerprangen. Was für Folgen solche Brutalitäten haben können, das überlegt sich dieser Herr wohl nicht. Das Gesicht wurde dadurch infiziert, daß es eine neue Brille liefern mußte. So steht die Lehrzeit des Herrn **W.** aus. Wenn die dort beschäftigten Kollegen nicht ein besseres Augenmerk auf die Lehrlinge richten würden, so wäre vielleicht mancher nach beendeter Lehrzeit nicht viel weiter als zu Anfang. Nehulich wie den Lehrlingen ergeht es auch den älteren Leuten. Erst kürzlich warf er einem aus geringfügigen Grunde vor, er wäre besoffen, was an diesem Tage vollständig ausgeglichen war. Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß in dieser Beziehung so mancher Mensch seine Schattenseiten hat, so gilt dieses auch für die Leute, die es dem Arbeiter unbedachteter Weise zum Vorbild machen. Erst am 25. Juni konnte beobachtet werden, daß jemand in einer Fassung in den Betrieb kam, in der er vollständig leistungsunfähig war. Wir meinen zur **A r b e i t** leistungsunfähig, in Kraftausdrücken war er für diesen Tag leistungsfähiger als sonst. Die Bezahlung der **W o r d p r e i s e** erfolgt ebenfalls ganz nach Willkür des Meisters und es ist vorzuziehen, daß ein Kollege für dasselbe Stück 25 Prozent weniger bekam als ein anderer, der nur zwar diese Arbeit gemacht hatte. Als sich der Geschäftsbote darüber beim **W o r d b u c h h a l t e r** **W r a u e r** beschwerte, erklärte ihm dieser ganz klar: „Das machen wir, wie wir wollen, der hat es zum Koffgeld gebraucht.“ Also einem Unterbetrateten mußte mehr bezahlt werden, damit er das Koffgeld bezahlen konnte. Wer wie ein Formler mit weniger Verdienst auskommt, danach fragt man nicht. Wir meinen an, daß der Chef von all den Vorzimmern nicht unterrichtet ist, sonst würde er wohl das Treiben der einzelnen Beamten etwas dämpfen. Wir wären in der Lage, noch eine Reihe weiterer Missetaten aufzuzählen, aber für diesmal mag vorstehendes genügen. Den Metallarbeitern von **Nabeberg** und Umgebungen aber möchten wir zurufen: Organisiert euch, hinein in den **D e u t s c h e n** **M e t a l l a r b e i t e r - V e r b a n d**! Dort ist der rechte Platz, wo eure Interessen vertreten werden! Wie oft ist dieser **Rat** erfolgt, ohne daß er gehört wurde. Auch unter den Mitgliedern gibt es noch viele, die sich um ihre eigenen Interessen recht wenig kümmern. Wenn man in letzter Zeit den **V e r s a m m l u n g s**-besuch beobachtet, so muß man sich fragen, ob bei dem weitaus größten Teile der Kollegen das kollegiale Gefühl so weit abgestumpft ist, daß sie nicht an einem Abend im Monat das Bedürfnis fühlen, ihre Interessen gemeinschaftlich zu beraten. Es ist jedem Kollegen bekannt, daß die meisten unserer **V e r s a m m l u n g e n** mit belehrenden Vorträgen ausgestattet sind und es wäre eines jeden Pflicht, sie zu besuchen. Oder meinen die Kollegen, auf eine derartige Schulung verzichten zu können? Kollegen! So kann es nicht weitergehen; die Zukunft wird uns lehren, daß es not tut, daß jeder einzelne seine volle Kraft für die **O r g a n i s a t i o n** einsetzt. Weg mit aller persönlichen Eitelkeit; pflegt mehr das kollegiale **V e r s a m m l u n g s**-sein, denn nur dadurch wird es uns gelingen, unsere **V e r w a l t u n g s**-stelle vorwärts zu bringen.

**Stargard (Pommern).** In der Eisengießerei von **F o r c h m a n n** in **Stargard** haben sich Zustände herausgebildet, die uns veranlassen, alle Former und Gießereiarbeiter dringend zu warnen, dort in Arbeit zu treten. Es werden dort keine Gupfstände (Teile von Messingmaschinen u. s. w.) von Handformern hergestellt, die überall mit der **W a k s t e i n** geformt werden. Wenn nun wenigstens für diese Arbeit passende Kosten und sonstige Einrichtungen vorhanden wären, so ginge das noch, aber das ist nicht der Fall und daher sind der Verdienst der Former auf 12 bis 15 M. bei achtstündiger Arbeits-

zeit. Die Folge davon ist, daß die Formen lange in der **W a k s t e i n** liegen. Die **M e t a l l a r b e i t e r** haben den **V e r b a n d** schon lange im **W e s t e n** geliebt und man hat der **V o r s a n n** in allen **V e r s a m m l u n g e n** wichtige Formen. Es kommen bei der **g u t e n** **V e r t r i e b** auch zahlreiche Kollegen zugewandert, aber, wie bemerkt, so gehen alle wieder fort. Am letzten **V e r s a m m l u n g** haben wieder fünf **M e n n** aufgeführt, so daß jetzt nur noch drei **F o r m e r** dort arbeiten, **R a t** 13 **W o l f** **S o n n**. Herr **V o r s a n n** will nun **S o n n** auf die **W e i t e** geben, um **F o r m e r** zu **l u c h e n**, und so ist es um **S o n n** gekommen, daß die **W a k s t e i n** bei den **V e r w a l t u n g e n** bekannt sind. Eine weitere **F o l g e** ist aber die, daß die **a n d e r e** am **O r t** befindliche **F i r m a** erklärt hat, daß sie **e b e n**-**f a l l s** die **P r e i s e** herabsuchen wird, wenn der **V o r s a n n** so **W i l l i g** geardelt wird. Wir ersuchen deshalb dringend, den **Z u z u g** von **F o r m e r n** und **G i e ß e r n** **W o r z h e l m** nach **Stargard** i. **W.** **P o m m e r n** fern zu halten.

## Grubeure und Zisleure.

**Obeln. S.** Am 22. Juli tagte hier eine **B r a n c h e n v e r s a m m l u n g** der **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** mit folgender **T a g e s o r d n u n g**: 1. Die **M i t g l i e d e r b e w e g u n g** der **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** seit dem **U e b e r t r i t t**. 2. Die **B e s c h l ü s s e** des **G e w e r k s c h a f t s k a r t e l l s**. 3. **B e s c h l ü s s e**. Zum ersten Punkt der **T a g e s o r d n u n g** wird der **B e w o l l m ä c h t i g t e**, **K o l l e g e** **K e t t e n b a c h**, darauf hin, daß von 26 **E i n g e l a d e n e n** 16 der **E i n l a d u n g** **F o l g e** **g e l i e f e r t** hätten. Weil nun ein **T e i l** der **A n t w e r d e n** in der **V e r s a m m l u n g**, wie nach der **B e s t i m m u n g** **K o n f e r e n z** **S t a n d**, nicht **a n w e s e n d** waren, wird der **B e w o l l m ä c h t i g t e** nochmals auf die dort **g e f a s s t e n** **B e s c h l ü s s e** hin. **S a u p t s ä c h l i c h** solle der **g e w a s s e n** **S a m m e l s t e l l e** die **n ö t i g e** **A u f m e r k s a m k e i t** **a u f g e w e n d e t** werden. Es sei **u n b e d i n g t** **n o t w e n d i g**, daß der **S a m m e l s t e l l e** **a l l e s** **e i n s c h l ä g i g e** **M a t e r i a l** **a u f g e s t e l l t** werde, damit sie nicht nur **D e k o r a t i o n s s t ü c k e** bleibe, sondern auch ihren **Z w e c k** **e r f ü l l e**. **N i c h t** der **K o l l e g e n** in den **v e r s c h i e d e n e n** **V e r t r i t t e n** sei es, daß sie **a l l e s** **v e r w e r t b a r e** **M a t e r i a l** dem **B e w o l l m ä c h t i g t e n** **a u f s t e l l e n**, um es der **B e z i r k s l e i t u n g** zu **ü b e r m i t t e l n**. In **f e i n e n** **w e i t e r e n** **A u s f ü h r u n g e n** **B e s p r a c h** der **R e f e r e n t** die **M i t g l i e d e r b e w e g u n g** dieses **B e r u f e s** seit dem **U e b e r t r i t t**. Zur **Z e i t** des **U e b e r t r i t t s** hatte der **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** in den **D e u t s c h e n** **M e t a l l a r b e i t e r - V e r b a n d** war die **G e s c h ä f t s l e g e** des **B e r u f e s** am **O r t e** noch **g ü n s t i g**. Es wurden damals in 8 **B e z i r k e n** **z i t z t a** 55 **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** **b e s c h ä f t i g t**, dagegen jetzt nur noch **z i t z t a** 45. Zur **Z e i t** des **U e b e r t r i t t s** hatte das **O r g a n i s a t i o n s v e r h ä l t n i s** der **Z a h l** der **B e s c h ä f t i g t e n** **e n t s p r e c h e n d** **b e s s e r** sein können. **N e b e r** habe sich aber auch bis heute das **V e r h ä l t n i s** der **Z a h l** der **B e s c h ä f t i g t e n** **e n t s p r e c h e n d** zur **O r g a n i s a t i o n** nicht **b e s s e r t**. **U e b e r g e t r e t e n** sind 1907: 84. In der **Z e i t** vom 1. August 1907 bis zum 30. Juni 1909 waren 12 **A u f n a h m e n** und 20 **Z u g e r i c k t e** zu **v e r z e i c h n e n**. In demselben Zeitraum sind 87 **a b g e r i c k t** und 3 **a u s g e t r e t e n**, so daß der **V e r s t a n d** am **S c h l u s s e** des **d r i t t e n** **Q u a r t a l s** 26 **b e t r ä g t**. **D a v o n** sind 16 am **O r t e** **ü b e r g e t r e t e n**, 6 **a u s g e t r e t e n**. **N e d e r** gab hierbei seiner **F r e u d e** **A u s d r u c k**, daß sich nur 8 **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** **f u n d e n**, die sich in der **n e u e n** **O r g a n i s a t i o n**, dem **D e u t s c h e n** **M e t a l l a r b e i t e r - V e r b a n d**, nicht **w o h l f ü h l e n** wollten und deshalb **a u s g e t r e t e n** seien. Die 16 **U e b e r g e t r e t e n e n**, die noch am **O r t e** und auch zum **g r o s s e n** **T e i l** **v e r h e i r a t e t** sind, würden, was wohl zu **b e z u g e n** sei, ein **f e s t e r** **S t a m m** der **o r g a n i s i e r t e n** **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** **b l i e b e n**, **f e r n e r** aber auch dafür **s o r g e n**, daß ein **A u s g a n g** der **Z a h l** der **O r g a n i s i e r t e n** nicht **e i n t r i t t**, sondern jeder **K o l l e g e** dafür **a g i t i e r e**, daß auch der **l e t z t e** **K o l l e g e** dieses **B e r u f e s** der **O r g a n i s a t i o n** **a u f g e f ü h r t** werde. Eine **A u s s p r a c h e** über den **e r s t e n** **P u n k t** fand nicht statt. Zum **z w e i t e n** **P u n k t** sollte der **D e l e g i e r t e** vom **G e w e r k s c h a f t s k a r t e l l** (**G r a b e u r e**) über die **l e t z t e n** **B e s c h l ü s s e** **B e r i c h t** erstatten. Da dieser **e s** **v o r g e z o g e n** hatte, die **V e r s a m m l u n g** zu **s c h w ä n g e n**, **B e r i c h t e** ebenfalls **K o l l e g e** **K e t t e n b a c h**. Er führte aus, daß die **S c h ä f f u n g** einer **Z e n t r a l b i b l i o t h e k** vom **G e w e r k s c h a f t s k a r t e l l** **b e s c h l o s s e n** worden sei und daß alle **K o r p o r a t i o n e n** und **V e r e i n e** ihre **B ü c h e r b e s t ä n d e** an diese **a b g e b e n** sollen. In der **d a r a u f** **f o l g e n d e n** **D i s k u s s i o n** wurde **b e s c h l o s s e n**, daß alle **B ü c h e r**, die **E i g e n t u m** der **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** seien, unter **V o r b e h a l t** des **E i g e n t u m s r e c h t s** der **Z e n t r a l b i b l i o t h e k** **a u f g e f ü h r t** werden sollen. Weiter wurde **b e s c h l o s s e n**, den **S c h r a n k**, den sich die **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** aus **A r b e i t s m i t t e l n** **b e s c h a f f t** haben, der **V e r w a l t u n g** des **D e u t s c h e n** **M e t a l l a r b e i t e r - V e r b a n d e s** **u n e n t g e l t l i c h** zu **ü b e r l a s s e n**. **D a f ü r** soll aber ein **S c h r ä n k** von der **V e r w a l t u n g** zur **A u f b e w a h r u n g** **k l e i n e r e n** **S a c h e n** im **V e r t e h r s l o k a l** **b e s c h a f f t** werden. Beim **d r i t t e n** **P u n k t** wurde **B e s c h l u s s** darüber **g e f ä s s t**, daß über die **a l l g e m e i n e** **B e w e g u n g** (auch **L o h n b e w e g u n g**) der **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** in der **M e t a l l a r b e i t e r - Z e i t u n g** **sehr** **m a n g e l h a f t** **B e r i c h t e** werde. **Z e i t a r t i k e l**, die zur **A u f k l ä r u n g** und **B e i t e r h i l f e** des **B e r u f e s** **b e t r a g e n** könnten, würden **ü b e r h a u p t** nicht **b e r a c h t e t**. Bei **L o h n b e w e g u n g e n** oder auch sonstigen **D i f f e r e n z e n** würden die **K o l l e g e n** im **L a n d e** im **u n k l a r e n** **g e l a s s e n**. **O f t** **g e n u g** **s u c h t e n** **U n t e r n e h m e r** durch **v e r s c h i e d e n e** **Z e i t u n g e n** **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e**, **t r o t z d e m** die **b e t r e f f e n d e n** **U e b e r** **A r b e i t e r** wegen **M a n g e l** an **A r b e i t** **e n t l a s s e n**, aber am **n ä c h s t e n** **T a g e** **s c h o n** **w i e d e r** **a n d e r e** **e i n s t e l l e n**. **P f l i c h t** aller **K o l l e g e n** sei es, wo **A r b e i t s a n g e b o t e** durch **Z e i t u n g e n** **g e m a c h t** werden, dem **B e w o l l m ä c h t i g t e n** am **O r t e** **s o f o r t** von den **A n g e b o t e n** **M i t t e i l u n g** zu **m a c h e n**, **d a m i t** **d i e s e r** **d a s** **w e i t e r e** **b e r a n t w o r t** **k o n n**, um in **solc h e n** **F ä l l e n** die **K o l l e g e n** vor **S c h a d e n** zu **b e w a h r e n**. **B e m ä n g e l** wurde, daß vom **A r b e i t s n a c h w e i s** in **B e r l i n** für **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** die **K o l l e g e n**, die aus der **P r o b i n g** um **A u s k u n f t** über **f r e i e** **S t e l l e n** oder **A r b e i t s a n g e b o t e** **a n f r a g e n**, **k e i n e** **A n t w o r t** **b e k o m m e n**. **G e w ü n s c h t** wurde, daß die **Z e n t r a l e** der **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** in **B e r l i n** **m e h r** als **b i s h e r** die **A r b e i t s v e r m i t t l u n g** auf **s c h n e l l e r e m** **W e g e** **b e s o r g e n** möchte. **M i t** dem **W u n s c h e**, daß jedes **M i t g l i e d** für die **A u s b r e i t u n g** des **V e r b a n d e s** **a r b e i t e**, um die **Z a h l** der **M i t g l i e d e r** zu **e r h ö h e n** und mit dem **w e i t e r e n** **W u n s c h e**, möglichst **h a l b** **w e d e r** eine **B r a n c h e n v e r s a m m l u n g** **a b z u h a l t e n**, wurde die **V e r s a m m l u n g** **g e s c h l o s s e n**. **U n t e r** dem **V e r b a n d** der **G r a b e u r e** und **Z i s l e u r e** zum **D e u t s c h e n** **M e t a l l a r b e i t e r - V e r b a n d** **ü b e r t r a t**, haben wir seine **M i t g l i e d e r** zu **e i f r i g e r** **A r b e i t** an der **M e t a l l a r b e i t e r - Z e i t u n g** **a u f g e f o r d e r t**. **D a ß** dies **b i s h e r** nicht **m e h r** **g e s c h e h e n** ist, ist **n i c h t** **u n s e r e** **S c h u l d**. **R e d.**)

## Klempner.

**Silbesheim.** Bei der Firma **S e b. W i l h o r n** scheint man in allen **A b t e i l u n g e n** **s y s t e m a t i s c h** **A r b e i t s r e d u k t i o n e n** **d u r c h f ü h r e n** zu **w o l l e n**. **W a r** es **v o r d e m**, wie **i n t e r** **k ü r z l i c h** **b e r i c h t e t**, die **D r e h e r e i**, so ist es **j e t z t** die **K l e m p n e r e i**, **A b t e i l u n g** **K a m m e r m e i s t e r e i**, wo **R e d u k t i o n e n** **v o r g e n o m m e n** werden sollen. **D e r** **n e u g e b a d e n e** **K l e m p n e r m e i s t e r**, **H e r r** **S t a d e** (früher **g r e i f l i c h** **o r g a n i s i e r t**), ist es, der sich **h e r** **u n d a n t b a r e n** **A r b e i t**, **f e i n e n** **e h e m a l i g e n** **A r b e i t s k o l l e g e n** die **A r b e i t s p r e i s e** zu **r e d u z i e r e n**, **a n f a n g e n d** **g e r n** **u n t e r z i e h t**. Die **K l e m p n e r** sind aber nicht **g e w i l l t**, sich dies **r u h i g** **g e f a l l e n** zu **l a s s e n**, **d e m** **n i e** **e i n e m** **T e i l** der **A r b e i t e n** ist es **f a k t** **u n m ö g l i c h**, den **n u r** **s e h r** **n i e d r i g e n** **S t u n d e n l o h n** (38 bis 40 S.) zu **e r r e i c h e n**. **E t w a s** **a n d e r e s** **k o m m t** **n o c h** **h i n z u**, was das **V e r h a l t e n** dieses **H e r r n** in **e i g e n t l i c h e n** **S i c h t e** **e r s c h e i n e n** **l ä s t** und eine **e r s c h ä n d l i c h e** **A u f s t e l l u n g** **h e r v o r z u b r i n g e n** **k a n n**. **E r** **l ä s t** die **u n t e r** **A r b e i t e r** der **u n t e r e n** **A b t e i l u n g** (in **S c h w a r z b l e c h**) **r u f e n**, um **A r b e i t s a n g e b o t e** **v o r z u n e h m e n**. **E r** **e r k l ä r t**, er **w ä r e** **b e r e i t**, **A b z ü g e** **v o r z u n e h m e n** und mit ihnen zu **u n t e r b a n d e n**. **I n** **V e r l a u f e** der **V e r h a n d l u n g e n** **e r k l ä r t** er **w e i t e r**, er **w o l l t e** es **a u c h** **j e t z t** **e i g e n t l i c h** **n o c h** **n i c h t** **f a g e n**, aber es **w ä r e** **j a** **g l e i c h**, ob es die **A r b e i t e r** **j e t z t** **s c h o n** **w i l l t e n**: die **A r b e i t** **w ä r e** in 14 **T a g e n** **b i s** **d r e i** **W o c h e n** **d a u f** **a l l e**, sie **s o l l t e n** sich **d a r a u f** **e i n r i c h t e n**, **d a m i t** **m ä c h t e n** sie **d o c h** **a l l e** **a u f f i n d e n**, weil **d a m i t** die **A r b e i t** in der **S t a m p e r e i** **g e m a c h t** **w ä r e**. **O b** sich **w a h l** die **A r b e i t** in der **S t a m p e r e i** **m a c h t**? **E i g e n t l i c h** **b e r ü h r t** es die **A r b e i t e r**, daß vor **K l e m p n e r** **Z e i t** die **F i r m a** **n o c h** in **a u s w ä r t i g e n** **Z e i t u n g e n** **K l e m p n e r** **f ü r** **d a u e r n d e** **B e s c h ä f t i g u n g** **g e s u c h t** und auch **f ü n f** **K l e m p n e r** **e i n g e s t e l l t** hat. **D i e** **A n d r o h u n g** der **E n t l a s s u n g** **t r i f f t** **n u n** **n i c h t** **e t w a s** **d i e** **z u l e t z t** **E i n g e t r e t e n e n**, **f o n d e r n** **L e u t e**, die **s c h o n** **j a h r l a n g** **d o r t** **b e s c h ä f t i g t** sind und **d a d u r c h** **b e w e i s e n** **h a b e n**, daß sie ihre **A r b e i t** zur **Z u f r i e d e n h e i t** der **F i r m a** **a u s f ü h r e n**. **E i n e r** **i s t** **s c h o n** 7 1/2 **J a h r e**, **d e r** **a n d e r e** 7 **J a h r e**, **e i n** **d r i t t e r** 4 **J a h r e** und der **v i e r t e** 2 **J a h r e** im **B e z i r k e** **t ä t i g** **g e w e s e n**. **E r s t** **s u c h t** man also **L e u t e** durch **v e r l o d e n d e** **V e r s p r e c h u n g e n** **h e r a n z u l e h e n** und sich **d a m i t** **d e r** **a l l e n** **A r b e i t e r**, **w e n n** sie sich **g e g e n** **V e r s p r e c h u n g e n** **w e h r e n**, **u n t e r** dem **V o r w a n d** des **A r b e i t s m a n g e l s** zu **e n t l e d i g e n**. **J e d e r** **K o l l e g e** **m ü s s e** **d a h e r** **v o r**

**W e s t f a l i s c h e n** **w e i t e r** **B e s t i m m u n g e n** zu **v e r l a n g e n**. **S t e i n e n** **w e r d e n** **d i e** **M i t g l i e d e r** **e r s u c h t**, um **i h r e** **M i t g l i e d e r s c h a f t** **b e s s e r** **a u f** zu **g e b e n**. **D i e** **B a n k** **w e r d e n** **d a s** **i h r e** **w i c h t i g s t e** **B e s t a n d t e i l** **b e h a n d e l t**. **D a s** **M i t g l i e d e r s c h a f t** **i s t** **a l s** **e i n** **W e r k z e u g** **zu** **b e t r a c h t e n** **u n d** **b e w a c h s a m** **a u f** **d a s** **f o r g f ä h i g s t e** **a u f g e h a l t e n**.

**Die** **E r s a t z** **v o n** **E x t r a b e i t e n** **w i r d** **n a c h** **§ 6** **W f. S** **b e i** **V e r b a n d s s t a n d** **g e f a s s t**: **Der** **V e r w a l t u n g s s t e l l e** **B e s c h l ü s s e** **§ 7** **p r o** **N o c h e** **u n d** **W i t t e n**. **Die** **N i c h t b e z a h l u n g** **d i e s e s** **E x t r a b e i t r a g s** **h a t** **E n t s a g u n g** **k a t a t o r i s c h e r** **R e c h t e** **z u r** **F o l g e**.

**W a d g e s c h l o s s e n** **w i r d** **n a c h** **§ 20** **d e s** **S t a t u t s**: **A u f** **A n t r a g** **d e r** **V e r w a l t u n g s s t e l l e** **i n** **M a r t t e n s k i t z**: **Der** **D r e h e r** **A d o l f** **W i e d e r**, **g e b.** **a m** **15.** **M a r z** **1879** **z u** **W i t t e n** **a.** **B u c h - N r.** **570516**, **w e g e n** **D e n u n g s t a t t e**



weil jeder glaubt, den Arbeiter als den wirtschaftlich schwächeren Teil bewegen zu müssen. Unser Organisationsrat, der sich mit diesen und anderen Dingen beschäftigt, versteht unter Arbeitsnachweis die Arbeit der Arbeitgeber. Die Arbeit soll ein ernstes praktisches Studium mitmachen in der Praxis, bei Streiks u. s. w., dann wären sie den Arbeitern nicht gewöhnt. Besonders hat es den Arbeitgeber die Arbeitslosenversicherung in Betracht gezogen. Die Versicherung der Arbeitslosen nach ausländischer Art ist eine erhebliche Zuwanderung und verleiht dadurch das Recht der Arbeitslosen, offiziell genannt Arbeitslosen. Die paritätischen Arbeitsnachweise gestalten dem Arbeiter die Kontrolle der Streiks und Aussperrungen und es ist dem Arbeiter möglich, seinen Arbeitsplatz nach einem anderen Ort zu verlegen, was dem Unternehmer nicht möglich ist. Dadurch ist der Unternehmer bei Lohnkämpfen im Nachteil. Der Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes, wie ihn schon eine Anzahl Verbände durchgeföhrt haben, bietet demgegenüber bedeutende Vorteile. Zunächst ist es möglich, passende Arbeitskräfte sofort zu vermitteln; vor allem aber gewöhnt der Nachweis dem Unternehmer eine Kontrolle über solche Elemente, die die Wirtschaft bedingern haben, Blauarbeiter sind und die als Heher die Betriebe stets in Aufregung erhalten. Es wird aber der Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes auch in der Lage sein, bei Streiks die Vermittlung von Arbeitskräften praktisch durchzuführen. Die paritätischen Arbeitsnachweise haben bei Kämpfen stets versagt, denn was bei Streiks sonst an Arbeitskräften vermittelt wird, sind lediglich Trunkenbolde oder unfähige Elemente, die dem bestreikten Unternehmer auf den Hals gehöhrt werden. (Eine wunderbare Charakterisierung der Streikbrecher, offiziell Arbeitswillige genannt.) So wie die Arbeiter heute in der Lage sind, über einzelne Geschäfte die Sperre zu verhängen, wird es durch den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes möglich sein, über die Kaufverträge und Heher Sperren zu verhängen, um die Herren Genossen zu zwingen, im Betrieb Ruhe und Frieden zu halten.

In der Diskussion äußerten sich die Scharfmacher Verken und Dominikus in zustimmendem Sinne zu den Ausführungen des Referenten. Dominikus schlug noch vor, betreffend Gründung von Arbeitsnachweisen mit dem Verband der Metallindustriellen und dem für das Baugewerbe in Verbindung zu treten. Die Angelegenheit wurde dann dem Vorstand des Verbandes zur weiteren Verfolgung überwiesen. Wir glauben, daß es den Scharfmachern auch mit Hilfe des eigenen Arbeitsnachweises schwerlich möglich sein wird, bei Streiks mehr leistungsfähige Streikbrecher heranzuziehen, als ihnen jetzt schon zur Verfügung stehen (Meisterjöhne u. s. w.). Wie aber aus dem Referat hervorgeht, beabsichtigen die Scharfmacher von der Metallindustrie, den angustierenden Arbeitsnachweis rücksichtslos als Maßregelungsbureau auszunutzen. Das einzige Mittel, das uns demgegenüber zur Verfügung steht, ist immer weitere Ausbreitung unserer Organisation und immer weitere Aufklärung unserer Verbandskollegen. Je mehr wir dazu kommen, daß jeder im Bereiche leistungsfähige Kollege lernt, seine Interessen mit Hilfe der Organisation zu vertreten, also im Sinne der Scharfmacher ein „Heher“ zu werden, desto mehr werden schließlich die Scharfmacher mit all ihren Maßregelungsbureaus auf dem Trocknen sitzen.

**Politische Bestrebungen der Scharfmacher.**

Was von dem neu gegründeten Hansabund zu halten ist, haben wir schon in Nr. 27 (Seite 209) mit genügender Deutlichkeit gesagt. In den Wochen, die seit der Veröffentlichung des bezüglichen Artikels vergangen sind, hat sich nichts ereignet, was uns veranlassen könnte, unsere Meinung zu ändern. Dagegen ist ein von den Herren Koetger und Bued unterzeichneter Aufruf zum Eintritt in den Hansabund, den das Direktorium des Zentralverbandes Deutscher Industrieller in Nr. 30 der Deutschen Industrie-Zeitung erläßt, mir geeignet, die von uns vertretene Ansicht über den Hansabund bei allen denkenden Arbeitern zu bekräftigen. Dem Direktorium des Zentral-Scharfmacherverbandes gemäß die politische Betätigung im Hansabund aber noch nicht; in derselben Nummer seines Organs befindet sich noch ein Rundschreiben an sämtliche Mitglieder, betreffend die Sammlung eines Wahlfonds. Es lautet folgendermaßen:

„Die ungenügende Vertretung der Industrie in den parlamentarischen Körperschaften, insbesondere im Reichstag, ist bereits lange als schwerer Mangel erkannt worden. Zur Abhilfe sind von verschiedenen Seiten Vorschläge gemacht worden, mit denen sich das Direktorium des Zentralverbandes eingehend beschäftigt hat. Es ist dabei zu der Überzeugung gelangt, daß diese, auf die Bildung besonderer Vereinigungen auslaufenden Vorschläge zu dem Ziele einer kraftvolleren Vertretung der industriellen Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften nicht führen dürften. Das Direktorium hat in seiner am 16. und 17. September 1908 in Heidelberg abgehaltenen Sitzung beschlossen, der Industrie die Anwendung eines Verfahrens zu empfehlen, das zwar auch nicht volle Abhilfe verbieten kann, jedoch zur Erreichung von Erfolgen bei den Wahlen von jeher angewendet worden ist. Dieses Verfahren ist die Sammlung von Geldern und deren Verwendung bei den Wahlen. Solange politische Wahlen vollzogen werden, ist die Inanspruchnahme eines möglichst großen Wahlfonds eine der hervorragendsten Sorgen der Parteien und ihrer Führer. Damit ist erwiesen, daß mit Geld auf den Ausfall der Wahlen eingewirkt werden kann, ferner daß die Sammlung und Verwendung von Geld zu Wahlzwecken als notwendig und als legal betrachtet wird. Dabei ist natürlich Voraussetzung, daß das Geld ausschließlich in erlaubter und legaler Weise zur Verwendung gelangt. Das Direktorium hat daher, wie bereits bemerkt, schon im vergangenen Jahre den Beschluß gefaßt, die dem Zentralverband angeschlossenen Industriellen aufzufordern, einen möglichst großen Wahlfonds zu bilden. Er soll dazu dienen, ohne Ansehung der politischen Parteien, der sie angehören, diejenigen Wahlfonds zu unterstützen, die sie in wirtschaftlichen und sozialpolitischen, besonders in allen die Arbeiter betreffenden Fragen, Anträgen vertreten, die mit den Bestrebungen und Beschlüssen im Zentralverband übereinstimmen. Dieser Beschluß war vorläufig zurückgestellt worden, da andere, den Zeitverhältnissen entsprechend dringendere Fragen in den Vordergrund traten. Jetzt dagegen glaubt das Direktorium mit Rücksicht darauf, daß einerseits für die Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds möglichst wirksame von dem Zentralverband vollkommen abgetrennte selbständige Organisation zu schaffen sein wird, daß andererseits aber dem Zentralverband die Aufgabe verbleiben wird, diese Organisation ins Leben zu rufen beziehungsweise deren Tätigkeit zu leiten, und daß endlich bis zu den nächsten Wahlen nur eine Zeit von etwas über zwei Jahren gegeben ist — die Ausführung des Heidelberger Beschlusses nicht länger hinausschieben zu sollen. In seiner auf den 13. und 14. August d. J. anberaumten Sitzung wird das Direktorium die zur Ausführung erforderlichen Anträge feststellen, die es dann, soweit es deren Art erfordert sollte, mit eingehender Begründung dem zuständigen Organe des Zentralverbandes unterbreiten wird.“

Zu den vorstehenden Mitteilungen sind wir veranlaßt worden, weil, wie von unserer Kenntnis gelangt ist, in einzelnen Kreisen unserer Mitglieder die Verzögerung der Ausführung des Heidelberger Beschlusses so gehäuft worden ist, als wenn er von uns aufgegeben wäre. Um solche irrtümliche Meinung bei unseren Mitgliedern nicht weiter aufkommen zu lassen, und um diese in Zukunft umfassender Weise auf die Ausführung vorzubereiten, richten wir an die künftigen Mitglieder des Zentralverbandes die dringende Bitte, dieses Rundschreiben ihren Mitgliedern ohne Verzug zur Kenntnis zu bringen. Die erforderliche Anzahl von Exemplaren bitten wir von unserer Geschäftsleitung zu beziehen.“

Es erwidern brauchen wir nicht auf diesen Aufruf. Es genügt, auf die (auch im Original) durch den Druck hervorgerufene Stellen hinzuweisen und jeder auch nur ein wenig aufmerksamer Arbeiter wird sehen, was so zu bedeuten hat. Eine gewisse Wirkung hat die Scharfmacher bei dem nächsten Wahlkampf mit besonderem Erfolg im Reichstag. Um so mehr haben die Arbeiter aber auch Ursache, sich bei Wahlzwecken zu erinnern, der in ihrem Interesse erreicht ist, nämlich der Kampf der Sozialdemokratischen Partei. Dies muß geschehen, soweit es bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen irgend möglich ist — damit es besser werde. Dies muß geschehen, trotz aller unergütlichen Widerstände, die in der Arbeitslosenversicherung vorkommen. In diesem Punkte sind alle einig!

**Lohnstatistik und Unternehmertum.**

Die Post, die ja immer mit dabei sein muß, wenn es gilt, den Gewerkschaften etwas anzuhängen, brachte in ihrer Nr. 233 vom 20. Juli, Morgenausgabe, einen Artikel mit der Überschrift: Die Bedeutung der Lohnstatistik für die Arbeitgeber, der folgendermaßen anfängt:

„Die Bedeutung der Lohnstatistik wird von manchem Arbeitgeber noch verkannt. Bei gewerkschaftlichen Kämpfen oder bei Arbeitslosigkeit von größerem Umfange kommt es wiederholt vor, daß die Gewerkschaften bei den Verhandlungen mit unrichtigen, entstellenden Lohnstatistiken auftreten, denen insofern ein gewisser Wert beigelegt wird, als die Arbeitgeber gar nicht in der Lage sind, durch eine ihrerseits aufgestellte Statistik die gewerkschaftlichen Behauptungen sofort oder überhaupt zu widerlegen. Darum ist es notwendig, daß die Arbeitgeberverbände eine fortlaufende, nach einheitlichen Gesichtspunkten angelegte Lohnstatistik für den Bereich ihres Verbandes einrichten.“

Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß die „Arbeitgeber“ — zum Teil aus sehr richtigen Gründen — sehr wenig für genaue Lohnstatistiken erbaudet sind. Regelmäßig durchgeführt werden sie nur im Bergbau und die Post unterläßt denn auch nicht, als einziges Beispiel dafür, „daß eine Reihe von wirtschaftlichen Verbänden schon seit langen Jahren eine geordnete Lohnstatistik haben“, die des Vereins für die bergbauähnlichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund anzuführen. Was sonst von den Unternehmern an Lohnstatistik geleistet wird, sind nur Ausnahmefälle. Die von den Gewerkschaften veranfaßten Lohnstatistiken sind trotz ihrer vielen Unvollkommenheiten den Unternehmern doch schon oft recht unangenehm geworden. Die Post sagt über sie:

„Den Gewerkschaften bietet, wie die Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände angeben, ihre Lohnstatistik auch ermittelte Gelegenheiten, die gewerkschaftliche Taktik, möglichst gleich hohe Löhne für alle Arbeiter zu erreichen, zu verwirklichen. Gegen eine solche Taktik können sich die Arbeitgeberverbände nur durch eine systematische Lohnstatistik schützen. Soll diese Lohnstatistik wirklich ihren Zweck erfüllen, dann dürfen weder Mittel noch Mühe gescheut werden, denn solche stehen in keinem Verhältnis zu dem Erfolge, den die systematische Lohnstatistik wieder einbringt. Die Lohnstatistik muß individuell aufgestellt werden, genau so, wie die Gewerkschaften imstande sind, über jede einzelne Person Auskunft zu geben. Durch das sogenannte Auskunftssystem, wonach der Gewerkschaftler verpflichtet wird, vor Annahme einer Stellung bei dem Auskunftsbureau über die Verhältnisse in der Firma anzufragen, sind die Gewerkschaften abgesehen von der Lage, eine Sperre in verwickelter Form zu verhängen, ohne daß ihnen der Vorwurf gemacht werden kann, sie hätten offiziell die Sperre über die Firma verhängt. Kann in dem einzelnen Arbeitgeberverband die Lohnstatistik gar berat ausgearbeitet werden, daß sie nach Analogie des gewerkschaftlichen Auskunftssystems an einem Arbeiterlohnkataster wird, wie dies zum Beispiel der Schwabensche Deutscher Steinbrückerbesitzer probeweise eingeföhrt hat, dann ist der Arbeitgeberverband auch imstande, die Lohnfrage in jeder Weise vom Gesichtspunkte der Gesamtheit der Arbeitgeber zu beurteilen und zu behandeln. Es kommt wiederholt vor, daß ein Arbeiter seinen zuletzt bezogenen Lohn zu hoch angibt. Durch ein Arbeiterlohnkataster läßt es sich jederzeit feststellen, wie es sich damit verhält. Nächst wichtig ist ein Gewerkschaftsblatt, durch das gewerkschaftliche Auskunftssystem hätten manche Gewerkschaften mehr Lohnverbesserungen erreicht als durch große Streiks. Den Arbeitgeberverbänden kann daher nur auf das allerdingende im Interesse ihrer Mitglieder geraten werden, der Einführung und dem weiteren Ausbau der Lohnstatistik die allergrößte Aufmerksamkeit zu widmen. Damit leisten sie auch der Volkswirtschaft und der volkswirtschaftlichen Wissenschaft einen großen Dienst. Mit Statistik über die Löhne und die Lebenshaltung der gewerblichen Arbeiter wird gerade in der letzten Zeit ein großer Mißbrauch getrieben. Haben die Arbeitgeberverbände eine geordnete Lohnstatistik aufzuweisen, dann sind sie allezeit in der Lage, jede Entstellung zurückzuweisen und zu widerlegen.“

Was als Mißbrauch der Statistik anzusehen ist, und was nicht, darüber werden wir mit der Post nie zur Übereinstimmung kommen. Wohl aber können wir ihrer Meinung über den Wert und die Notwendigkeit guter Statistiken nur zustimmen. Darum ist es aber auch notwendig, daß die Gewerkschaften nach wie vor soviel wie möglich die Statistik der Lohn- und Arbeitsbedingungen pflegen. Man sagt ja: Mit Zahlen kann man alles beweisen. Dies gilt aber nur für falsch oder einseitig angelegte oder ausgearbeitete Statistiken. Je mehr die amtlichen und die gegenwärtigen Statistiken ausgebaut werden, desto mehr müssen die Gewerkschaften für gründliche und gewissenhafte Schulung ihrer Statistiker sorgen, damit solche Dilettantenarbeiten, wie sie zuweilen veröffentlicht worden sind, in Zukunft nicht mehr vorkommen. Dann werden sie auch leichter in der Lage sein, Mängel in gegenwärtigen Statistiken nachzuweisen zu können. Die Gewerkschaftsmitglieder dürfen nicht mehr unwillig werden, wenn schon wieder Fragebogen kommen. Wer bisher noch nicht von dem Werte der Statistiken überzeugt war, sollte sich aus den älteren Ausführungen der Post eines besseren belehren lassen.

**Arbeitsnachweisbureau des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller.**

Der Vorstand des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller bemüht sich, den Eindruck zu verwischen, den die Protestation gegen die von ihm projektierten Arbeitsnachweisbureaus hervorgerufen hat. Bürgerliche Blätter, wie der Fränkische Kurier und die Augsburger Abendzeitung, veröffentlichten eine umfangreiche Zuschrift von ihm, die folgendermaßen beginnt:

„Sozialdemokratische Zeitungen und Agitatoren haben sich in letzter Zeit die erdenklichste Mühe gegeben, die Arbeiterschaft über die vom Verband Bayerischer Metallindustrieller in diesem Jahre noch zu errichtenden Arbeitsnachweise zu demütigen; ohne näher über die Pläne dieses Verbandes unterrichtet zu sein. Würden diese Nachweise sofort mit dem Wort Maßregelungsbureau belegt, Aufklärungen, welche vom Verband sowohl an den Vorsitzenden der Sozialdemokraten in dieser Frage, den Landtagsabgeordneten Segler, als auch an die Vertreter der freien Gewerkschaften gerichtet wurden, begegneten einem mehr oder weniger offen ausgeprochenen Mißtrauen; man will sie offensichtlich nicht glauben, um besser und ungezügelter agieren zu können.“

Der Vorstand bestreitet sodann energisch, daß geplant sei, organisierte Arbeiter planmäßig von der Einstellung auszuschließen. Das hat auch niemand behauptet, aus dem einfachen Grunde, weil die Organisation in den bayerischen Industriezentren so weit vorgeritten ist, daß es dem grimmigsten Scharfmacher unmöglich ist, sie auszurotten. Der Verband Bayerischer Metallindustrieller reut also offene Türen ein, wenn er schreibt:

„Die Zugehörigkeit zu einer Organisation wird vielmehr kein Hindernisgrund für die Nachweisung von Arbeit sein, ob und welcher Organisation der einzelne Arbeitsuchende angehört, wird durchaus unbeachtet bleiben, lediglich die Tätigkeit und der Fleiß des einzelnen Arbeiters werden bei der Nachweisung maß-

gebend sein, es ist denn, daß es sich um gegenwärtige Sperremaßnahmen im wirtschaftlichen Kampfe handelt.“

Es heißt dann weiter in dem Schreiben:

„Dieser laienhafte Mißbrauch von den Organisationsbürokraten widerprochen werden unter dem Hinweis darauf, daß sogenannte „Personalarten“ grüßt werden. Dieser Mißbrauch entspricht dem mit den Parteien geplanten Werden nicht, sie würden besser „Personalarten“ genannt. Die neuen lediglich die Personalien der Arbeiter (Vor- und Zunamen, Geburtsort und Datum und Gewerbe) sowie Aufzeichnungen darüber enthalten, bei welchen Werken, in welcher Eigenschaft und wie lange die Arbeiter dort in Arbeit gestanden haben. Angaben über die Zugehörigkeit zu einer Organisation oder einer politischen Partei werden diese Karten nicht enthalten. Ganz abgesehen davon, daß bei der geltenden Vereinsgesetzgebung vollständige Angaben nach dieser Richtung gar nicht gemacht werden können, da die Gewerkschaften von einer Anmeldepflicht ihrer Mitglieder befreit sind, wird der Verband auf derartige Aufzeichnungen oder Listen ähnlicher Art grundsätzlich verzichten. Die Personalarten dienen ausschließlich der Auswahl unter den Arbeitern bei Vermittlung von Arbeit, sie sollen den Maßstab für die Qualität des Arbeitsuchenden als Arbeiter abgeben.“

Schön; aber selbst wenn man dem Vorstand des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller aufs Wort glauben will, daß er tatsächlich nur diese „launere Absicht“ hat, wer bürgt dafür, daß es so bleibt? Wenn die „Personalarten“ schon so viele Angaben enthalten sollen, so ist es auch sehr leicht möglich, gelegentlich noch ein paar mehr einzutragen — nicht etwa solche über die Zugehörigkeit des einen oder des anderen Arbeiters zu einer gewerkschaftlichen oder politischen Organisation. Das ist nicht mehr umhin können, auch Gewerkschaftler und Sozialdemokraten in ihren Betrieben zu beschäftigen, wenn sie leistungsfähige Arbeiter haben wollen, mit dieser Tatsache finden sich auch die Scharfmacher immer mehr ab. Auf die Zugehörigkeit allein kommt es den Scharfmachern auch nicht mehr so viel an, wie darauf, ob der betreffende Arbeiter sich darauf beschränkt, nur Mitglied seiner Gewerkschaft zu sein oder ob er an deren Entwicklung tätigen Anteil nimmt, ob er — um im Scharfmacherjargon zu reden — ein „Heher“ ist. Wie leicht man in den Verband eines solchen kommen kann, ist bekannt; auch ist es doch sehr leicht möglich, daß in die „Personalarten“ ein darauf bezüglicher Vermerk eingetragen werden kann, was doch auch der Vorstand des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller nicht bestritten wird. Ist es unter solchen Umständen den Arbeitern zu verdenken, daß sie mißtrauisch werden? Der Vorstand motiviert das Projekt dann noch folgendermaßen:

„Hierin liegt die Hauptaufgabe der Nachweise. Die Metallindustrie, wie kein anderer Industriezweig, darauf angelegentlich, Qualität ihrer Arbeiter zu beschaffen. Die immer schärfer werdende Konkurrenz im In- und Ausland, die immer mehr sich steigenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kosten zwingen diese Industrie — will sie überhaupt noch bestehen — zu versuchen, durch persönliche Tätigkeit aller in ihren Diensten stehenden, auch der Arbeiter, die Scharren wieder auszumachen, welche ihr von anderer Seite geschlagen werden. Dadurch ist sie geradezu darauf hingewiesen, Einrichtungen zu schaffen, welche ihr Gewähr dafür bieten, daß die tüchtigsten und fleißigsten unter den Arbeitern ihren Werken zugeführt werden; diese Aufgabe kann aber nur von Nachweisen erfüllt werden, welche im ausschließlichen Interesse dieser Industrie stehen und welche ihre Aufgabe unbeeinträchtigt von außen kommende Einflüsse durchzuführen in der Lage sind.“

Lassen wir das Bismoratorium von den „sozialpolitischen Kosten“ beiseite; was davon zu halten ist, haben wir schon öfters auseinandergesetzt. Daß die Konkurrenz immer schärfer wird, geben wir gerne zu, nicht aber, daß der Arbeitsnachweis ein Mittel ist, dem Unternehmer die Konkurrenz zu erleichtern. In den modernen Großbetrieben sind die Forderungen der Arbeiter so verschiedenartig, daß es dem Leiter des Arbeitsnachweises, und sei dieser auch noch so kenntnisreich und noch so gewissenhaft, in sehr vielen Fällen ganz unmöglich sein wird, unter den nachfragenden Arbeitern gerade den herauszufinden, der für die betreffende Arbeit geeignet ist. Bei dem stetigen Fortschritt der Technik kommt es doch sehr oft vor, daß der Leiter des Nachweises — und selbst, wenn er Fachmann ist — gar nichts von der Arbeit versteht, für die der Arbeiter gesucht wird. Wir wollen ferner noch darauf hinweisen, wie leicht ein tüchtiger Arbeiter in den Ruf der Untüchtigkeit kommen kann. Er braucht nur das Recht zu haben, zu einer Arbeit angenommen zu werden, für die er sich nicht eignet. Wenn dann andere Arbeit in dem Betrieb nicht für ihn vorhanden ist, so entläßt der Unternehmer ihn natürlich.

Das, was in dem Schreiben des Vorstandes an die blühergehenden Blätter der kommunalen Nachweisen vorgelesen wird, daß ihnen „selbst bei sachlicher Überlegung Personal- und Sachkenntnis fehlt“, daß sie „nach einem gewissen Schematismus arbeiten“, das läßt sich auch bei den Nachweisen nicht vermeiden, die unter der Leitung der Unternehmer stehen, es ist denn, daß der Nachweis sich auf eine bestimmte, eng begrenzte Branche beschränkt, für die nur verhältnismäßig wenig Betriebe und Arbeiter in Betracht kommen. Sobald die Sache etwas komplizierter wird, muß auch dort, nach einem gewissen Schematismus gearbeitet werden. Aber einer der Hauptgründe der bayerischen Metallindustriellen kommt zum Vorschein in dem Folgenden:

Die gemeinlichen Nachweise sind aber auch als Institute der Gemeinden den Einflüssen der Gemeindevorwaltung unterworfen. Die Unparteilichkeit und den guten Willen der städtischen Nachweisebeamten in allen Ehren — jede politische Forderung in der Zusammensetzung der Gemeindevorwaltung kann aber nicht ohne Wirkung auf die Art ihrer Tätigkeit haben. Diese Nachweisebeamten sind und bleiben von den Stadtverwaltungen angestellte Organe, welche die Verpflichtung haben, nach den ihnen erteilten Weisungen zu arbeiten. Die Gefahr, daß die Verwaltungen, insbesondere der größeren Städte Bayerns, mehr und mehr unter sozialdemokratische Herrschaft geraten, ist erst bei den letzten Gemeindevorwahlen in deutlicher Weise zum Ausdruck gekommen; dabei ist dieses Vormärtsdrängen der Sozialdemokratie noch nicht beendet, es wird sich bei den folgenden Wahlen fortsetzen. Damit gelangen die städtischen Nachweise von selbst in die Einflusssphäre sozialdemokratischer Theorien. Daß dem dadurch vorgebeugt werden könne, daß die Nachweise unter paritätische Ausschüsse aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gestellt würden, ist nicht richtig, denn einmal werden auch diese Ausschüsse den die Mittel zum Betrieb der Nachweise bewilligenden Gemeindevorwaltungen zur Rechenschaft verpflichtet sein, und zum andern hat in der letzten Zeit die Erfahrung gelehrt, daß in den größeren Städten in diesen paritätischen Kommissionen auch in den Reihen der Arbeitgebervertreter selber auch Sozialdemokraten Platz finden (vergleiche die Gemeindevorwahlen). Dieser Gefahr gegenüber muß es die bayerische Metallindustrie ablehnen, die Nachweisung ihrer Arbeiter in Hände zu legen, welche mehr und mehr nach den Rezepten der gewöhnlichen Feinde des Sozialismus zu arbeiten gezwungen sein werden. Es wird vielmehr in ihrem eigenen Interesse und vor allem im Interesse ihrer Arbeiter von dem ihr gesetzlich zustehenden Rechte der Errichtung eigener Nachweise Gebrauch machen.

Tatsächlich werden jetzt schon bis zu einem gewissen Grade in den kommunalen Nachweisen die Gesichtspunkte der Arbeiterorganisationen befragt. Es kann nicht als Parteilich bezeichnet werden, wenn bei wirtschaftlichen Kämpfen die Arbeiter darauf aufmerksam gemacht werden, daß bei einer Firma die Arbeiter im Auslande stehen, wenn aber die Arbeitsvermittlung auch streikenden Arbeiter ruhig fortgesetzt wird, ohne daß den Arbeitgebern davon Kenntnis gegeben wird, daß die ausgeschickten Arbeiter streikend sind. Es ist auch kein Zufall, daß alle Gewerkschaften,

ausdrücklich der sozialdemokratischen, die Arbeiter — wie auch neu-  
lich für Arbeiter — bereit erklärt haben, auf die eigenen Nachweise  
zugunsten der gemeinsamen Nachweise verzichten zu wollen.  
Doch ist demgegenüber offen. Wir glauben nicht, daß es notwendig  
ist, über dieses Verhältnis noch diese Worte zu verlieren. Nur  
sind wir nicht zu sehr zurückzuführen, nämlich die unversöhnliche  
Unterstellung, daß die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher  
zu ihrer Stellung in irgend einer Weise mißbraucht hätten, ab-  
gesehen von einer Einwirkung der einen oder anderen  
Personlichkeit, die man aber doch unmöglich der gesamten Arbeiter-  
bewegung zum Vorwand haben darf. Die Ausführungen des Vor-  
stands zum Verband deutscher Metallarbeiter können wir uns  
schonlich. Was in allem können wir sagen: daß die Arbeiter  
der Metallindustrie gegen die von ihm geplanten Arbeitsnachweise  
begrifflich. Es wird höchstwahrscheinlich erst schwinden, wenn diese  
durch ihre Tätigkeit unanfechtbar beweisen, daß sie es nicht  
verleihen.

„Christliche“ Dege gegen das Stuttgarter Arbeitsamt.

Die „Christlichen“ in Stuttgart haben einen Erfolg errungen,  
auf den sie ohne Zweifel stolz sein werden, der aber inwiefern gelte,  
auf welche Weise diese Sorte Arbeiterorganisation besteht ist, Ar-  
beiterkreise zu „vertreten“. In Nr. 15 und 16 der Metallarbeiter-  
Zeitung haben wir von dem Stuttgarter Bericht, die im Stutt-  
garter Beobachter, einem Blatte, das vorgibt, auch Volk-  
interessen zu vertreten, bagagen losgelassen wurden, daß verschiedene  
Gewerkschaften auf dem Arbeitsamt auf dessen Veranlassung die  
Reinvermittlung auszuüben ließen. Dies sollte angeblich auch zur  
Bewertung der Gewerkschaftsmitglieder vor den Unorganisierten  
und den Mitgliedern anderer Organisationen geführt haben. Dieser  
für die „Christlichen“ Angelegenheit höchst „ehrenvoll“ Kampf wurde zu-  
nächst im Stuttgarter Gemeindevorstand weitergeführt. Dort teilte  
der Gemeindevorstand Klein, dem das Arbeitsamt untersteht, mit, daß  
die Sache untersucht werden solle. Die „Christlichen“ witterten für  
ihre „gute Sache“ aber unentwegt weiter. Am 28. und 29. April  
wurde in der volkreichen Kammer der Abgeordneten bei der  
Beratung des Etats des Innern über die Arbeitslosen-  
fürsorge verhandelt. Da war es denn der „Christliche“ Arbeiter-  
sekretär und Zentrumsdarsteller Andre, der sich nicht scheute,  
dem Schatzmeister Hans Langenbier zu leisten, indem er wieder-  
um Vorwürfe gegen Beamte des Arbeitsamtes erhob, ohne jedoch  
über irgend welche Tatsachen berichten zu können, die ihn zu  
solchen Vorwürfen berechtigten. Mit welchen Mägen der Herr  
Operette, geht daraus hervor, daß er sagte, es sei einem christlichen  
Arbeiter der Rat gegeben worden, er möge eine rote Kra-  
watze umbinden, dann bekomme er leichter Arbeit. Es sei  
merkwürdig, daß die Beschwerden immer von Schneidern und  
von Metallarbeitern kämen. Das sei wahr, schließlich  
darauf zurückzuführen, daß einige Beamte des Arbeitsamtes früher  
herausragend in den Gewerkschaften dieser  
Berufstätigkeit waren. Er wolle diese Leute an ihrer  
Berufstätigkeit nicht angreifen, habe aber die Vermutung, daß die  
Partei nicht immer verhängt sei. Dem Vorsitzenden des christlichen  
Schneiderverbandes habe der Vorsitzende des Stuttgarter Gewerks-  
chaftsrates gesagt, die Besetzung der Stellen für das Arbeitsamt  
sei die beste Agitation für ihren Verband. Herr Andre erhielt von  
den Abgeordneten Patitzki und Reichel (dem zweiten Vor-  
sitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes) die Antwort, die  
er verdiente. Als Natutat bemerke, auch freigelegte Arbeiter  
hätten sich schon über das Arbeitsamt beschwert, daß christliche  
Arbeiter bevorzugt würden, rief Andre dazwischen: „Das ist bestialische  
Arbeit.“ Diese unverschämte Bemerkung erhielt natürlich sofort die  
gehörige Antwort. Natutat führte ferner noch aus, daß das  
Vorkommen solcher Beschwerden noch keineswegs ein Beweis  
dafür sei, daß sie auch begründet wären. Bei der gegenwärtigen  
Art sei es aber leicht möglich, daß Arbeiter wiederholt zurück-  
gewiesen werden. Daraus gehe aber noch lange nicht hervor, daß  
die Beamten nicht objektiv handelten. Kollege Reichel führte in  
seiner Rede unter anderem noch über die Beamten des Arbeitsamtes  
wies aus, daß dort vor etwa sechs Jahren einmal ein Mitglied  
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes angeheilt gewesen, aber  
jetzt längst wieder in den Dienst seiner Gewerkschaft zurückgekehrt  
sei. Ein anderer Angeheilter sei Mitglied des Deutschen Metall-  
arbeiter-Verbandes gewesen, sei aber sofort nach seiner Anstellung  
angeklagt. Er sei überhaupt nur acht Wochen lang Mitglied ge-  
wesen. Auch der Minister v. Pischel sagte am 29. April,  
nach seiner Erfahrung könne er jedenfalls sagen, daß der Vorstand  
des Stuttgarter Arbeitsamtes sich durchaus bewähre, die erforderliche  
Unparteilichkeit zu wahren. . . . Das Beweismaterial des Herrn  
Andre scheint auch ihm nicht beweiskräftig zu sein. Bei dem gro-  
ßen Mißverhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage, das  
bereitet auf dem Arbeitsmarkt bestehe, müßten selbstverständlich viele  
abgewiesen werden. Auf Grund einer solchen Tatsache könne man  
nicht den Vorwurf der Parteilichkeit erheben.  
Auch einer solchen Mißrede müßten die Schützen aber dennoch  
nicht. Es wurde am 17. Juni eine Versammlung  
arbeitsloser Schneider“ abgehalten, die das Verhalten  
des Abgeordneten Andre anscheinlich billigte. Welcher Art die  
Besizer dieser Versammlung waren, davon wußte die Schwäbische  
Zeitung (Nr. 14) vom 21. Juni) folgendes zu berichten:

Der Leiter der Versammlung ist ein Mann, der einer  
regelmäßigen Arbeit möglichst aus dem Wege  
zu gehen sucht und es auch fertig bringt, zehn drei Bier-  
tel des Jahres ohne solche anzukommen. Wie er dies durch-  
führt, weißt nicht, wissen die Anwesenden und das Gewerkschafts-  
gericht zu erzählen. Ihm eine passende Arbeit nachzugeben, dürfte des-  
halb nicht nur dem Beamten des Arbeitsamtes unmöglich sein. Ein  
anderer Beschreiber der Versammlung, der Schneider Schmidt, ge-  
hört zu der gleichen Kategorie. Zwischen der Zeit vom 11. Ok-  
tober 1905 bis zum 21. Oktober 1908 wurden ihm von dem pöbel-  
lichen Arbeitsamt 34 Stellen nachgegeben. Hieran  
entfallen auf das Jahr 1906: 3, 1907: 13 und 1908: 16 Stellen.  
Die letzten Jahre dauerte seine längste Beschäftigung an  
eine Stelle 9 Tage, fünf Abende wurde er, wo er es nicht ver-  
stehen will, nicht zu gehen, wegen Unbrauchbarkeit  
und Unzuverlässigkeit entlassen! Schreiber Han-  
sen war es auch, der die Aussagen des Arbeitsamtes verweigerte,  
Schmidt zitierte von der Stellenvermittlung auszusprechen  
seiner Unzuverlässigkeit wurde ihm im März d. J. wieder eine Stellung  
bei der Firma Egge & Egg angeboten, die er aber nicht annahm,  
weil er offenbar auf Grund seiner früheren dortigen Beschäftigung  
annahm, daß man ihn nicht einstellen würde. Der dritte im  
Bunde, das seinen Kollegen beziehend „Orasmüller“ ge-  
nannt, erhielt vom Arbeitsamt in der Zeit vom 7. Oktober 1904  
bis 15. Juni 1908 im ganzen 38 Stellen vermittelt. Daß  
er sich an einer Stelle dauernd zu halten vermochte, wird man kaum  
den Beamten des Arbeitsamtes zum Vorwurf machen können. Auf  
dem Arbeitsamt wußte er wegen im Vorzuge veränderter Größe, seine  
mangelhaften Beschwerden wiederholt zurückzuführen werden.  
Man muß schon sagen, daß dies recht spärliche Beschäftigungs-  
nachweise sind. Die christlichen Herren haben sich diese aber ruhig gefallen  
lassen.

Seize Zeit erfuhr man von dem Gemeindevorstand Klein  
angegebener Untersuchung nicht. Am 21. Juni unterzeichnete  
Herrn Langenbier'sches Material wegen der Ergebnisse der  
Untersuchung. Überdies wurde Herr Langenbier'sche die Inter-  
vention mit bezüglichen Bemerkungen gegen die sozialdemokra-  
tische Gemeindevorstände. Eine Besprechung der Vaterland-  
zeitschrift die langfristige Mehrheit ab. In der darauf folgenden Sitzung  
der beiden christlichen Kollegen am 1. Juli wollte Gemeindevor-  
stand Bauer im Namen der sozialdemokratischen Fraktion eine  
Erklärung gegen die Beschlüsse des Gemeindevorstandes abgeben.  
Dies wurde wiederum durch die langfristige Mehrheit vereitelt. Diese  
erzählt dann die geschwätzige Antwort von einer Volksversammlung,  
die am 5. Juli abgehalten wurde. Endlich wurde aber auch die  
große Untersuchung abgeschlossen. Gemeindevorstand Klein berichtete

weiter in der Gemeindevorstellung am 22. Juli nach dem Mittel-  
lungen in der Schwäbischen Zeitung folgendes:  
Der Gemeindevorstand lag die Untersuchung zugrunde, daß  
christliche Arbeitsamt verfuhr bei der Vergabung der Stellen par-  
teilich. Hg. Andre (Schm.) habe im Landtag behauptet, das  
Arbeitsamt lasse die Unparteilichkeit vermissen, und zwar zugunsten  
der freigelegten Arbeiter. Der Gemeindevorstand Andre  
(christliche Gewerkschaften) habe in Versammlungen die gleiche  
Behauptung erhoben. Ingesamt 7 Fälle haben sie geltend gemacht.  
Namen zu nennen, hätten sie sich aber nicht getraut,  
sondern sich damit begnügt, zu sagen: Der Metallarbeiter  
H. N., der Schneider H. N. und so fort. Außerdem seien 2 Fälle  
angeführt: Ein Schneider sei gefragt worden, ob er dem Verband  
angehöre, in einem zweiten Falle soll ein Arbeiter aufgeführt wor-  
den sein, das Mitgliedbuch des Verbandes vorzulegen. In einer  
Versammlung sei weiter behauptet worden, Arbeiter seien von der  
Vermittlung überhaupt ausgeschlossen worden. Dazu sei zu be-  
merken, daß jedes Arbeitsamt die Prozedur einhalte, Elemente, die  
das Arbeitsamt nur mißbrauchen, die zur Arbeit nicht be-  
fähig sind, sondern bummeln gehen, auf bestimmte Zeit von der  
Vermittlung auszuschließen. Es seien die sechs Beamten  
des Schwäbischen Arbeitsamtes benannt worden. Von allen sechs  
sei entschieden bestritten worden, daß Mißbräuche vorgekommen seien.  
Wenn noch der Mitgliedschaft zum Verband gefragt worden sei,  
so sei das auf Wunsch der Unternehmer geschähen. Von den  
Unternehmern werde bisweilen verlangt, daß ihnen entweder nur  
Unorganisierte oder Organisierte verlangt werden sollen. Nicht selten  
müsse auch die Frage nach der Verbandszugehörigkeit gestellt wer-  
den, um festzustellen, ob der Betreffende Anspruch auf Verbands-  
unterstützung habe. Rund 8000 A. Verbandsunterstützungen seien  
vom Arbeitsamt in kleineren Beträgen auszugeben. Da komme es  
häufig vor, daß nach der Zugehörigkeit zum Verband gefragt wer-  
den müsse. Alle beteiligten Beamten seien gehört, von allen  
sei ganz entschieden bestritten worden, daß irgendwelche parteilich ver-  
fahren worden sei. Weiter sei der Vorwurf erhoben worden, daß  
Beamte des Arbeitsamtes noch ihrer Organisation angehören. Auch  
dieser Vorwurf sei auf seine Berechtigung untersucht worden. Es  
habe sich herausgestellt, daß noch zwei Beamte einer Organisation  
angehören, der eine dem Verband der Bureauangestellten, der  
andere dem Schneiderverband. Bestimmte Beweise,  
daß irgendwelche parteilich verfahren worden sei von den Beamten des  
Arbeitsamtes, seien nicht erbracht worden. Es liege  
überhaupt kein Anhaltspunkt zu disziplina-  
rischem Einschreiten gegen die Beamten vor.  
Damit sei die Sache für das Schuldbenommen erledigt.

Damit vergleiche man die Rede des „Christlichen“ Herrn Andre.  
Obgleich die Beschuldigungen in nichts zusammengefallen waren, be-  
fürwortete Gemeindevorstand Klein dennoch, die Auszahlung der Refor-  
mationsunterstützung, die gegenwärtig für vier Unternehmer-  
verbände und neun Gewerkschaften auf dem Ar-  
beitsamt befristet wird, vom 1. Oktober an wegfallen zu lassen.  
Die Innere Abteilung sei ebenfalls zu diesem Beschlusse gekommen,  
„um alle Vorwürfe von vornherein abzuwehren“. Der Gemeindevor-  
stand beschloß zunächst, darüber die Arbeitsamtskommission zu  
hören. Diese Kommission sprach sich jedoch mit Zweidrittelmehrheit  
gegen den Beschluß der Innern Abteilung aus. Nichtsdesto-  
weniger beschloß der Gemeindevorstand am 29. Juli mit 15 Stimmen  
gegen die 8 Stimmen der sozialdemokratischen Gemeindevorstände, die  
Auszahlung der Reformunterstützung vom  
1. Oktober an einzustellen.  
Die Gewerkschaften werden dies beschmerzen können. Wenn  
aber die schwachen Gewerkschaften wieder einmal irgendwo mit ihren  
„Leistungen“ renommieren, so kann man ihnen diese Geldentart ihrer  
Stuttgarter Gefinnungsgeossen unter die Nase halten, eine Geldent-  
art, die gerade zu derselben Zeit ausgeführt worden ist, wo  
wir wiederholt zeigen konnten, auch in Württemberg das Scher-  
machertum immer mehr nach der Oberherrschaft strebt. Bitte Ar-  
beiterbetreuer, diese „Christlichen“ Herren!

Hirsch-Dumetriaus.

Klausch. Zu unserer Notiz in unserer Nr. 30, die sich mit dem  
Hitzener Gewerkschaftsmittglied Klausch beschäftigte, bemerkt der  
Regulator in seiner Nr. 31, daß der Klausch der 1907  
Hirsch-Dumetriaus Delegiertentag für den Ausbreitungsverband  
Sachsen einberief, mit dem Hitzener Klausch nichts  
zu tun habe, sondern seit Jahren Mitglied des Dres-  
dener Ortsvereins sei. Durch frühere Erfahrungen gewöhnt,  
glauben wir dem Regulator ja keineswegs alles aufs Wort; nichts-  
destoweniger kann es jedoch sein, daß er in diesem Falle die Wahr-  
heit sagt. Sowohl in der angezogenen Bekanntmachung als auch  
in dem Bericht vom Delegiertentag war nicht angegeben, wo der Ein-  
berufer Klausch wohnte. Da wir jedoch bei Leibe keinem Un-  
schuldigen Unrecht tun wollen, so können wir nicht, un-  
sere Bemerkungen in Nr. 30 mit dem Ausdruck  
des Bedauerns zu berichtigen. Wir hatten damals  
nicht die Absicht, gegen das Dresdener Gewerkschaftsmittglied  
Klausch eine falsche Behauptung zu erheben. Wir sind nur  
sachlich zu der Behauptung gekommen, daß E. Klausch in seinen  
Bekanntmachungen seinen Wohnort nicht angab und wir von dem  
Hitzener Klausch den Wohnort nicht wußten. Es ist aber in der  
Sache selber immer noch ein nicht angeklärter Die Bekanntmachung,  
auf die wir uns bezogen, fand in Nr. 25 vom Jahrgang 1907 der  
Sächsischen Gewerkschafts-Zeitung. Einige Wochen vorher,  
nämlich in Nr. 20, erschien in demselben Blatte ein Bericht aus  
Hitzener. Dort kamen folgende Stellen vor:  
„Hiermit gibt Kollege Klausch Bericht über die Arbeiten des-  
selben (des Ausbreitungsverbandes), soll dem Vorstand die beste  
Anerkennung für seine Tätigkeit und kommt auch auf die Original-  
artikel der Presse zu sprechen. Im beweiskräftigen Material man-  
gelt es dem Kollegen Klausch nicht. . . . Auch wurde Kollege  
Klausch wiederum einmütig als Vertrauensmann für den Aus-  
breitungsverband gewählt.“ Weiter heißt es auch von einer an-  
deren Seite: Näheres darüber wird Kollege Klausch mit dem  
Vorstand des Ausbreitungsverbandes auszusprechen.“  
Nach dem ganzen Wortlaut des Berichtes muß man doch nur  
annehmen, daß dieser Klausch auch in Hitzener ansässig war. Wir  
fragen nun: War das der Klausch, der 1906 das Gewerkschafts-  
geld unterzögen hatte, oder gibt es noch einen dritten in  
Hitzener?

Regulator oder nicht? Der Deutsche Maschinen- und  
Feiger, das Organ des Zentralverbandes der Maschinen- und  
Feiger, wies kürzlich nach, daß in der Nr. 24 des Regulator  
ein Artikel erschienen ist, der zum Teil aus einer Broschüre ab-  
gegriffen war, die der Vorstand des Verbandes der Ma-  
schinisten und Feiger herausgegeben hat. Die Quelle war nicht  
angegeben. Dieses Verfahren wurde vom Deutschen Maschinen- und  
Feiger in gebührender Weise getadelt. Der Regulator antwortete in  
seiner Nr. 30 mit Ausreden, unter anderem auch damit, daß auch  
die Metallarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 27 in  
einem Artikel „Aus der Hüttenindustrie“ verschiedene Sätze  
wörtlich wiedergegeben als ihr eigenes Pro-  
dukt, die wir in Nr. 17 des Regulator vom 23. April in einem  
Artikel „Der Hohn der Berggewaltigen auf die Bundesratsverord-  
nung“ bereits geschrieben hatten. Auch das ist ohne Quellen-  
angabe geschehen. Wir haben davon Kenntnis genommen in dem  
Broschüre, daß unser Aufsatz in Nr. 17 des Regulator auch in  
der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung beziehungsweise bei den  
Verlagspartnern dieser Zeitung Beachtung gefunden hat und wir be-  
trauen uns nun deshalb hierauf, um den Laibehand der Sache wegen  
schon zu sein.“

Wir wollen auch „der Sache wegen etwas schreiben“. Wir haben  
die beiden vom Regulator genannten Artikel verglichen und ge-  
funden, daß drei Sätze in ihrem Wortlaut ein und dasselbe  
einander untereinander, als sie in der Metallarbeiter-Zeitung  
in einem besseren Deutsch abgefaßt waren. Auch im übrigen übereinstimmend

unter Artikel „Aus der Hüttenindustrie“ auch im Inhalt den in die  
genaueren Angaben. Immerhin war die Unterbrechung in  
den drei Jahren auffallend und wir fragen bei dem Vorwurf des  
Artikels, der die „Christliche“ Behandlung der Arbeiter-  
Klagen darstellt als Spezialartikel, eine Aufklärung an. Der  
Regulator teilte mit, daß er den Regulator nicht be-  
trauen habe. Wohl bemerke er, daß, soweit wie möglich alles zu  
lesen, was in der Broschüre über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der  
Hütten- und Bergarbeiter erschien. Da wäre es sehr wohl  
möglich gewesen, daß er irgendwo diese Artikel gelesen habe  
und daß sie ihm beim Niederschreiben seines Artikels unmittelbar  
in die Feder gekommen seien. So erklärt sich unter „Broschüre“ auf ganz  
einfache Weise und der Regulator hat keine Berechtigung, damit zu  
renommieren, daß die Metallarbeiter-Zeitung aus ihm abgeschrieben, um  
so mehr, als sein „Originalartikel“ eine Woche früher in  
der Westfälischen Post erschienen hat. Nur die  
Einleitung war anders. Wie sagt noch der Regulator: „Auch das  
ist ohne Quellenangabe geschehen.“

Literarisches.

Der erste Jahrgang des 18. Jahrganges 1909 der Zeitschrift  
„In freien Stunden“ ist soeben erschienen. Namentlich die Vereins-  
bibliotheken machen wir auf diese gern gelesenen Bände aufmerksam.  
Aus dem reichhaltigen Inhalt erwähnen wir: Kenilworth, Roman  
von Walter Scott. Die Kummertage, Erzählung aus der russischen  
Revolution von S. A. Sawinowa. Trinetze, Skizze von Hermann  
Hoffmann. Der Maschinenbau „Stintfang“, Humoreske von  
W. W. Jacobs. Sibfeld's Hochzeitliche, von Jesse Mayer. Ein Tag  
aus dem Leben des Musikleiters Fritzer II, von Walter Dönn.  
Arbeiterjugend. Die soeben erschienene Nr. 14 hat unter  
anderem folgenden Inhalt: Sind wir buntfarbenlos? — Ursprung  
des mittelalterlichen Handwerk und Zunftwesens. Von E. Graf.  
— Die Ma. Von Max Hirsch. — Vom weiblichen Stolz. Von  
Julia Maurerbräuer. — Der jugendliche Arbeiter in der Arbeiter-  
versicherung. I. Die Krankenversicherung. Von Fr. Meiß. — Die  
Blinder und die Fortbildungsschule. — Berufsschulungen der Zen-  
tralstelle für die arbeitende Jugend. — Schiffsjungenlos. —  
Schmurriges von den Gegnern. — Beilage: Freiheit. Gedicht  
von John Henry Waddey. — Welt's recht war. Erzählung von W.  
Ger. — Bilder für die Jugend: Himmelstunde. Von Felix Brink.  
— Spanne. Von S. Thurom. — Johnny. Erzählung von A. Freu-  
denhal. — Hans der Schwärmer. Gedicht von Detlev von Alvens-  
ten.

Freistellungen von Lehrlingsverhältnissen in Hamburg-Altona 1908.  
Herausgegeben und bearbeitet von der Kommission des  
Hamburg-Altonaer Gewerkschaftsrates. 85 Seiten.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**  
(In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.)
- Samstag, 7. August:**  
Danzlau. Pichte, halb 9 Uhr.  
Gall. Schwab. Biercker, 8 Uhr.  
Reutkath a. d. S. Immersee, halb 9.  
Schwäbisch-Haus. Seidenh. Hochschule.
- Sonntag, 8. August:**  
Chemnitz (Heizungsmonteur). Hoff-  
nung, unter Georgstr. 1, 11 Uhr.  
Coblenz. Goldener Ring, nachm. 3.  
Eumweg. Hug. Paul, 11 Uhr.  
Gammels. Schwäbisch. Langestr. 2, 10.
- Dienstag, 10. August:**  
Sant-Wilhelmsbad (Klempner).  
Halveland, Grenzstr. 38, halb 9 Uhr.
- Mittwoch, 11. August:**  
Dortmund-Ebing. Demuth, halb 9.  
Effen-Alteneffen. Ströter in Jülse-  
bruch, 8 Uhr.  
Lübeck. Vereinshaus, halb 9 Uhr.
- Donnerstag, 12. August:**  
Barmen-Elberfeld (Modellschreiner).  
Gewerkschaftshaus, Barmen, 1/9.  
Plantenburg. S. Bornwits, halb 9.  
Osnabrück. Heider. Mühlent, 1/9.  
Potsdam. Kaiser Wilhelmstr. 38, 1/9.  
Rombach. Weber, 8 Uhr.
- Freitag, 13. August:**  
Ruppertsberg. Küller, Schaffstr. 9.
- Samstag, 14. August:**  
Lünen. Reiß. Kirchg., halb 9 Uhr.  
Apsda. Bornwits, halb 9 Uhr.  
Aretter. Weißer Schwan, 8 Uhr.  
Aischaffenburg. Bayer. Hof, halb 9.  
Aischaffenburg. Wilde, halb 9 Uhr.  
Augsburg. Drei König, 8 Uhr.  
Bamberg. Gewerkschaftsh., 1/9 Uhr.  
Barmen-Elberfeld (Graumere z.).  
Bier-Jahreszeiten, Elberfeld, halb 9.  
Barmen-Schwinkel. Sounborn.  
Fraust. Sonnborn, Gaufr., 1/9.  
Wangen. Würtner, halb 9 Uhr.  
Weinheim. Weigel, halb 9 Uhr.  
Dortmund-Klempn. z. Schönel, 1/9.  
Dortmund-Altona. Otto Jung, 1/9.  
Duisburg-Klempner. Gambrius, 9.  
Düsseldorf-Bauhilf. Gewerkschaftsh., 9.  
Erfangen. Deutscher Hof, halb 9 Uhr.  
Erfen-Altendorf. Ente, 8 Uhr.  
Freiburg i. Br. Stadt Welfort, 1/9.  
Freising. Stieglbräu, 8 Uhr.  
Gefelsb. Oberstadt. Hadenberg, 1/9.  
Schwib. Deutsches Haus, halb 9 Uhr.  
Göttingen. Traube. Neustadt, 1/9.  
Göttingen. S. Jägerhof, 1/9 Uhr.  
Grünberg. Brauner Hüch, 1/9 Uhr.  
Hagen-Saale. Gieseler, halb 9 Uhr.  
Hagen-Saale. Beuel, halb 9 Uhr.  
Hagen-Beckbauer. Altenstr., 1/9.  
Hannau. Gewerkschaftshaus, halb 9.  
Hannau. Deutsches Haus, halb 9.  
Karlsruhe (Bauhilf.) Salmen, 1/9.  
Reinmann. Schmitz, Wallstr., 9 Uhr.  
Rek. Gewerkschaftshaus, Karlsruh, 4, 9.

- Bekanntmachungen der Orts-  
verwaltungen etc.**
- Muerbach (England). Sozialgesetz  
nicht mehr ausbezahlt.  
Berk. Kieselgeb. wird nur morgens  
von 9-12 Uhr und nachmittags  
von 4-5 Uhr, Aufenthalt unter-  
stützung nur von 9-12 Uhr morgens  
ausbezahlt.  
Chemnitz. Vertrauensmänner der  
Metallarbeiter. Samstag,  
14. August, im Volkshaus.  
Düren (Verwaltungsbereich) Dienstag,  
10. Aug., abends halb 9 Uhr, bei  
Hubert Appell, Oberstraße.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure

in Berlin NW. 6, Chariteestraße 3.

Privat-Anzeigen.

- Stänger erfahrener  
**Monteur,**  
welcher in Schnell- und Regelbau-  
pressenfabriken tätig war, gegen guten  
Lohn in erste Reparaturwerkstätte der  
Schwib. geucht. Es wollen sich nur  
solche Leute melden, welche auch mit-  
lich in der Lage sind, selbständige  
Montagen auszuführen. Offerten mit  
Zohnamptr. unt. 1355 an d. Berl. d. Bl.
- Ein tüchtiger **Bernittler**  
selbständiger  
von einer größeren Hechfabrik für  
bauende Arbeit geucht. Off. m. Zohn-  
anspr. Alter z. u. 1355 an d. B. d. Bl.
- Monteur,**  
einige tüchtige, auf Fortentwicklung  
sofort gesucht. Meldungen unter  
gabe bisseriger Tätigkeit unter 1355  
an den Verlag d. Blattes. 1355
- Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co., Buchdruckerei und Verlag,  
Stuttgart, Rötterstraße 16 B.